



HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2022 vom 11.02.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	10
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	17
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	18
Umwelt.....	19
Landwirtschaft.....	20
Justiz.....	22
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	26
EU-Förderprogramme.....	26
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	31

Institutionelles

Kommission; Erklärung von Kommissionsvizepräsident Šefčovič

Am 03.02.2022 kamen Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und die britische Außenministerin Liz Truss zu einer Videokonferenz zusammen, um die weitere Umsetzung des Nordirland-Protokolls zu diskutieren. Dabei führten sie eine gemeinsame Bestandsaufnahme durch, um zu ermitteln, auf welchen Bereichen sich die Gespräche der nächsten Wochen konzentrieren sollten. Übergeordnetes Ziel sei es weiterhin, die Vorhersehbarkeit und Stabilität des Protokolls zu steigern. Šefčovič betonte, dass es notwendig sei, die Konzentration weiterhin auf die praktischen Herausforderungen zu legen, die durch die Stakeholder in Nordirland geäußert wurden. Demnach würde insbesondere eine Lösung hinsichtlich der Zollbestimmungen und für Gesundheits- und Pflanzenschutzgüter (SPS) einen unmittelbar positiven Effekt vor Ort haben und den lokalen Akteuren helfen, während der EU-Binnenmarkt geschützt bliebe. Šefčovič betonte abschließend, dass das Nordirland-Protokoll ein internationales Abkommen darstelle und es deshalb die Verantwortung der Regierung GBR sei, die legalen Verpflichtungen des Protokolls einzuhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_787

Corona

Kommission; Vorschlag für Verlängerungen des COVID-Zertifikats

Am 03.02.2022 hat die Kommission einen Vorschlag zur Verlängerung des digitalen COVID-Zertifikats vorgelegt. Demnach soll die Gültigkeit der Verordnung um ein Jahr und somit bis zum 30.06.2023 ausgeweitet werden. Auch inhaltlich sieht der Vorschlag Änderungen vor: Qualitativ hochwertige Labor-Antigentests sollen als Testart aufgenommen und grenzüberschreitend vorgenommene Impfungen korrekt abgebildet werden. Ebenfalls sollen Personen, die an klinischen Studien für COVID-19-Impfstoffe teilnehmen, ein Zertifikat erhalten können. Die ursprüngliche Verordnung trat am 01.07.2021 mit einer Gültigkeit bis zum 30.06.2022 in Kraft.

https://ec.europa.eu/info/files/regulation-amending-regulation-eu-2021-953-framework-issuance-verification-and-acceptance-interoperable-covid-19-vaccination-test-and-recovery-certificates-eu-digital-covid-certificate_en

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission, Rat; Hoher Vertreter und US-Außenminister sprechen über Russland-Ukraine-Konflikt

Am 07.02.2022 reiste der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, nach Washington D.C., um im Rahmen des neunten EU-US-Energierates auch und v.a. über den Russland-Ukraine-Konflikt zu sprechen. Dazu traf er US-Außenminister Antony Blinken. Der Hohe Vertreter betonte, die EU und die USA würden in der Ukraine-Krise fest entschlossen an einem Strang ziehen. Eine gemeinsame Antwort auf die Aggressionen Russlands sei das einzig gute Mittel, das ein effektives Ergebnis verspreche. Die EU begrüße dabei sehr die einzelnen Elemente, die in den Antworten der USA und der NATO aufgeführt wurden, wenn es um die Forderungen Russlands an den Westen gehe. Die gemeinsame Koordination der europäischen Sicherheit

zeige die enge Verbundenheit und die Geschlossenheit der EU mit ihren westlichen Partnern. Beide Seiten seien weiterhin der festen Überzeugung, dass ein diplomatischer Weg aus der Krise möglich sei, weshalb dieser Weg auch die oberste Priorität bleibe. Gleichzeitig sei man fest entschlossen, dass eine weitere Aggression Russlands gegen die Ukraine einen hohen Preis habe und massive Konsequenzen nach sich ziehe. https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/110638/eu-us-press-remarks-high-representative-josep-borrell-after-meeting-secretary-state-antony_en

EP; EP-Delegation auf „Fact-Finding-Mission“ in der Ukraine

Am 01.02.2022 endete eine zweitägige „Fact-Finding-Mission“ von neun Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) in der Ukraine. Unter der Leitung der jeweiligen Vorsitzenden, MdEP David McAllister (EVP/DEU) (AFET) und MdEP Nathalie Loiseau (RN/FRA) (SEDE), führten die Abgeordneten (unter ihnen MdEP Michael Gahler (EVP/DEU)) Gespräche mit Vertretern der ukrainischen Zivilgesellschaft und Behörden. Die Reise war Teil einer umfassenden und koordinierten Anstrengung zur Deeskalation der Spannungen und zur Vermeidung der katastrophalen Folgen eines möglichen bewaffneten Konflikts. Das EP hält es für unerlässlich, dass die EU in ihrer Verurteilung der russischen Aggressionen geeint bleibt. Im Anschluss erklärten MdEP McAllister und MdEP Gahler, dass ihre Gesprächspartner ihnen eine besorgniserregende Situation vor Augen geführt hätten, die ihre Überzeugung, dass die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine nicht verhandelbar sei, nur gestärkt habe. Beide seien ferner überzeugt, dass eine Lösung des Konflikts nur auf diplomatischem Weg erzielt werden könne.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220131IPR22207/ukraine-ep-delegation-beendet-reise>

Kommission; Kommissionspräsidentin zu möglichen Sanktionen gegen Russland

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 04.02.2022 gegenüber der Presse dargelegt, welche Sanktionen die EU mit ihren westlichen Partnern gegen Russland verhängen könnte, sollte Russland eine Invasion der Ukraine starten. Die Kommission sei vom Rat beauftragt worden, die Sanktionen im Wirtschafts- und Finanzbereich auszuarbeiten. Dies sei in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten geschehen. Hierbei brachte die Kommissionspräsidentin auch den Ausschluss Russlands vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ins Spiel, jedoch sei v.a. auch der Exportstopp von technischen Gütern ein Kernelement des Pakets. Zwar verdeutlichte von der Leyen, dass all dies nur von Russland selbst beeinflusst werden könne, da das Sanktionspaket direkt an das Verhalten des Landes geknüpft sei, die EU zögere aber auch nicht, das unmittelbare Umfeld Putins oder auch den Präsidenten selbst mit Sanktionen zu belegen. Dies könne v.a. durch Wirtschafts- und Finanzsanktionen gelingen. Auch eine Beendigung des Nord-Stream-2-Programms sei deshalb nicht vom Tisch. Die Sanktionen seien aber stets darauf ausgerichtet, dass sie sehr gezielt wirken, wenngleich immer auch die Allgemeinbevölkerung indirekt betroffen sei. Umso mehr sollte das russische Volk ein Interesse daran haben, dass seine Regierung an den Verhandlungstisch zurückkehre und die Truppen abziehe, so von der Leyen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/von-der-leyen-eu-ist-auf-weitere-eskalation-russlands-vorbereitet-und-arbeitet-aktiv-neuen-2022-02-04_de

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 01.02.2022 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Erweiterungspaket 2021“ sowie „Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf subnationaler Ebene und Abmilderung der territorialen Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182226&meetingSessionId=2228054>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 03.02.2022 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden Abstimmungen über die Stellungnahmeentwürfe „Künftige EU-Beihilfen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Gebiete“, „Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen“ sowie zur „EU-Waldstrategie für 2030“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182232&meetingSessionId=2228060>

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 11.02.2022 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Kleinstädtische Gebiete als Schlüsselakteure für den gerechten Übergang“ sowie „verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182284&meetingSessionId=2228132>

Wirtschaft

Kommission; Klage gegen GBR wegen rechtswidriger staatlicher Beihilfen

Die Kommission hat am 09.02.2022 beschlossen, GBR wegen eines Urteils seines Obersten Gerichtshofs vom 19.02.2020 vor dem EuGH zu verklagen. Mit dem britischen Urteil war der Vollstreckung eines Schiedsspruchs stattgegeben worden, mit dem ROM zur Zahlung einer Entschädigung an Investoren verpflichtet wurde, obwohl die Kommission per Beschluss festgestellt hatte, dass eine solche Entschädigung nicht mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist. Laut der Kommission habe GBR damit gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit verstoßen, indem es über eine bereits vor den Unionsgerichten behandelte Rechtsfrage entschieden hat. Die Kommission ist ferner der Auffassung, dass das Urteil aus GBR erhebliche Auswirkungen auf die Anwendung des EU-Rechts auf Investitionsstreitigkeiten hat.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_802

Kommission; Untersuchung der Unterstützungsmaßnahmen von DEU für die DB Cargo

Am 31.01.2022 leitete die Kommission eine ergebnisoffene Untersuchung der Unterstützungsmaßnahmen von DEU zugunsten von DB Cargo ein. Zu prüfen seien neben möglichen Verletzungen der EU-Beihilfevorschriften durch einen unbefristeten Gewinnabführungsvertrag zwischen der DB AG und der DB Cargo auch die

Bereitstellung konzerninterner Dienstleistungen zu möglicherweise vergünstigten Preisen, eventuelle vorteilhafte Finanzierungsbedingungen für konzerninterne Darlehen, sowie die Teilübernahme der Besoldung von an DB Caro zugewiesene Beamte durch das Bundeseisenbahnvermögen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_681

Rat; Informelles Treffen zur Rohstoffabhängigkeit

Vom 31.01.2022 bis 01.02.2022 fand ein informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Industrie und Binnenmarkt statt. Dabei wurden die europäische Rohstoffversorgung sowie die kurz- und längerfristigen Folgen von Versorgungsschwierigkeiten durch hohe Rohstoffabhängigkeiten von Drittstaaten thematisiert. Insbesondere wurde auch die hohe Abhängigkeit in den Bereichen Gesundheit, Verteidigung und Digitales, welche in der Pandemie deutlich wurde, angesprochen. Die Mitgliedstaaten begrüßten die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Stärkung der Autonomie in strategischen Sektoren wie z.B. gemeinsame europäische Industrieprojekte, die Verbesserung der Reaktionsfähigkeit bei Krisen durch die Schaffung der Europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA), das Konjunkturprogramm „NextGenEU“ oder auch die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen durch handelspolitische Schutzinstrumente. In der Debatte wurden zudem mögliche konkrete Maßnahmen zur Behebung von Schwachstellen angesprochen, wie z.B. ein Notallinstrument für den Binnenmarkt. Dieses soll den Binnenmarkt künftig durch eine verbesserte Reaktionsfähigkeit der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten im Krisenfall widerstandsfähiger machen. Binnenmarktkommissar Thierry Breton erläuterte im Rahmen des Ministertreffens auch die Grundzüge der am 08.02.2022 veröffentlichten Mikrochip-Initiative, die der EU einen 20% Marktanteil der weltweiten Halbleiterproduktion bis 2030 gewährleisten soll.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/treffen-der-europaischen-minister-fur-industrie-und-binnenmarkt/>

Kommission; Prüfung von Lizenzverträgen der Marke Pierre Cardin

Am 31.01.2022 gab die Kommission bekannt, einen möglichen Verstoß der Modekette Pierre Cardin und seines Lizenznehmers, dem deutschen Bekleidungshersteller Ahlers, gegen die EU-Wettbewerbsregeln zu prüfen. Es bestehe der Verdacht, dass das Modehaus durch gezielte Beschränkungen in Lizenzverträgen eine Strategie gegen Parallelimporte und Verkäufe von Produkten der Marke Pierre Cardin verfolge. Davon betroffen seien u.a. Länder des Europäischen Wirtschaftsraums. Sollte dies der Fall sein, läge ein Verstoß gegen das Unionsrecht vor. Das Verfahren wird ergebnisoffen geführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_682

Kommission; Genehmigung einer Maßnahme von DEU zur Rekapitalisierung des Flughafens Berlin Brandenburg

Am 31.01.2022 genehmigte die Kommission die von DEU angemeldete Beihilfemaßnahme zur geplanten Rekapitalisierung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH in Höhe von 1,7 Mrd. EUR. Die Maßnahme, die die auf die Coronavirus-Pandemie zurückzuführenden Verluste der Flughafengesellschaft decken soll, steht laut Kommission im Einklang mit dem Unionsrecht und den im „Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen“ festgelegten Voraussetzungen und gilt demnach als erforderlich, geeignet und angemessen. Ein Teil der genehmigten Beihilfe soll der Rückzahlung zinsvergünstigter Darlehen aus einer vorherigen, im August 2020 genehmigten, Beihilferegulierung zugeführt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_721

EuG; Nichtigkeitserklärung eines Kommissionsbeschlusses über Abweisung einer Beschwerde gegen Gazprom

Am 02.02.2022 erklärte das Gericht der Europäischen Union (EuG) in der Rechtssache T-616/18 einen 2018 von der Kommission gefassten Beschluss zu Gunsten von Gazprom für nichtig. Grundlage dieses Urteils war eine Beschwerde der polnischen Großhändlerin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo S.A. (PGNiG), die diese 2017 bezüglich missbräuchlicher Praktiken Gazproms eingereicht hatte. Darin bezog sie sich auf ein bereits 2018 von der Kommission geschlossenes Verwaltungsverfahren bezüglich Gazproms Missbrauch seiner Stellung im Gasmarkt in BUL, EST, LET, LIT, POL, SLK, CZR und HUN und dem damit einhergehenden Verstoß gegen Unionsrecht. Des Weiteren machte sie auf die Lieferung von Gas während Lieferengpässen unter Bedingungen, die den eigenen Einfluss Gazproms auf die polnische Infrastruktur verstärkten, aufmerksam. Diese Beschwerde wies die Kommission 2019 zurück. Daraufhin erhob PGNiG Klage auf Nichtigkeitsklärung des angefochtenen Beschlusses. Das EuG kam zu dem Schluss, dass die Kommission sowohl die Informationspflicht aus Art. 7 Abs. 1 der Verordnung Nr. 773/2004 zur Möglichkeit der Anhörung der Klägerin verletzt habe, als auch einen offensichtlichen Beurteilungsfehler hinsichtlich der Widerlegung eines Verstoßes Gazproms gegen Unionsrecht begangen habe. Das EuG hat den Beschluss der Kommission somit für nichtig erklärt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220022de.pdf>

EuG; Klageabweisung von Gazprom-Wettbewerber

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) wies am 02.02.2022 in der Rechtssache T-399/19 die Klage des Gazprom-Wettbewerbers „Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo“ (PGNiG) gegen den Beschluss der Kommission vom 24.05.2018 zurück. Dieser Beschluss beinhaltet Verpflichtungszusagen Gazproms, bezüglich wettbewerbsrechtlicher Bedenken der Kommission, welche im April 2015 aufkamen. Genauer bezog man sich auf die Annahme, dass Gazprom eine umfassende Strategie zur Abschottung der Gasmärkte in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten (MS) BUL, EST, LET, LIT, POL, SLK, CZR, HUN verfolgte und hierdurch in fünf dieser MS (BUL, EST, LET, LIT, POL) überhöhte Gaspreise in Rechnung stellte. Da PGNiG die daraus resultierenden Verpflichtungen nicht weit genug gingen, focht der Wettbewerber den Beschluss der Kommission an. Das EuG stellte fest, dass der angefochtene Beschluss mit keinem der in sechs Klagegründen geltend gemachten Verfahrens- oder materiellen Fehler behaftet ist und wies somit die Klage zurück.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220021de.pdf>

Kommission; Verabschiedung eines Normungspakets

Die Kommission hat am 02.02.2022 ein Normungspaket verabschiedet. In der Mitteilung „Eine EU-Strategie für Normung – Globale Normen zur Unterstützung eines resilienten, grünen und digitalen EU-Binnenmarkts“ beschreibt sie, wie die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt und der Wandel zu einer resilienten, grünen und digitalen Wirtschaft ermöglicht werden soll. Ziel ist es, globale Standards zu setzen, die die europäischen Interessen im Binnenmarkt und die KMU in den Mittelpunkt stellen. Die Strategie setzt sich aus fünf Maßnahmebündeln zusammen: die Antizipation, Priorisierung und Bewältigung des Normungsbedarfs in strategischen Bereichen, die Verbesserung von Governance und Integrität des europäischen Normungssystems, die Stärkung der Führungsrolle bei globalen Normen, die Förderung der Innovation und die Erleichterung des Generationenwechsels bei Sachverständigen. Zur Verbesserung der Governance hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur „Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 hinsichtlich

der Entscheidungen der europäischen Normungsorganisationen über die europäischen Normen und Dokumente der europäischen Normung“ vorgelegt. Zu dem Paket gehört auch ein Bericht über die Durchführung der geltenden Normungsverordnung von 2015 bis 2020 sowie die Vorlage des Arbeitsprogramms Normung für das Jahr 2022.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_661

Kommission; Sondierung zu EU-Instrumentarium zur Bekämpfung von Fälschungen

Am 03.02.2022 startete die Kommission eine Sondierung über die Festlegung der Aufgaben und Zuständigkeiten von Rechteinhabern, Mittlern (z. B. Online-Plattformen, Zahlungs- und Transportdienste, Domännennamenregister/Registrierstellen) und Behörden im Rahmen der Bekämpfung von Produktfälschung. Der Handel mit nachgeahmten Waren schädige Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher, führe zu Umsatzeinbußen bei den Unternehmen und zu Verlusten bei den Steuereinnahmen. Auch stehe er im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität. Die Sondierung soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit und den Datenaustausch zu verbessern und den Einsatz neuer Technologien zu fördern. Die Sondierung endet am 03.03.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12915-EU-Instrumentarium-zur-Bekämpfung-von-Fälschungen_de

Kommission; achter Kohäsionsbericht „Kohäsion in Europa bis 2050“

Die Kommission hat am 04.02.2022 den achten Kohäsionsbericht „Kohäsion in Europa bis 2050“ veröffentlicht. Er stellt die wichtigsten Veränderungen bei den territorialen Ungleichheiten in den letzten zehn Jahren und die Auswirkungen der Politik auf diese Ungleichheiten dar. Der Bericht hebt u.a. das Potenzial des grünen und des digitalen Übergangs als neue Triebkräfte des EU-Wachstums hervor. Es wird aber auch betont, dass ohne geeignete politische Maßnahmen neue wirtschaftliche, soziale und territoriale Ungleichheiten entstehen könnten. Ferner werden Überlegungen aufgeführt, wie die Kohäsionspolitik weiterentwickelt werden sollte, um auf diese Herausforderungen zu reagieren, und wie insbesondere sichergestellt werden kann, dass ortsbezogene, mehrstufige und partnerschaftliche Ansätze den Zusammenhalt weiterhin verbessern und gleichzeitig Synergien nutzen, sowie die Kohäsionsziele in andere Politikbereiche und Instrumente einbeziehen. Die Kohäsionspolitik habe dazu beigetragen, die Disparitäten zu verringern. Wirtschaftsmodelle würden zeigen, dass bis 2023 das Pro-Kopf-BIP in den weniger entwickelten Regionen voraussichtlich um bis zu 5% steigen würde. Dieses Modell zeige auch, dass die Differenz zwischen dem Pro-Kopf-BIP der am wenigsten entwickelten 10% der Regionen und dem Wert in den am stärksten entwickelten 10% der Regionen sich um 3,5% verringern dürfte. Eine der wichtigen Erkenntnisse aus dem Bericht ist, dass die Kohäsionspolitik als Investitionsquelle an Bedeutung gewonnen hat. Eine Stärkung der Rolle der Regionen bei der Zukunft Europas wird in der Schaffung neuer wirtschaftlicher Perspektiven für weniger entwickelte und periphere Regionen gesehen sowie in der Verankerung von Innovation in allen Regionen, eine Stärkung der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit aber auch eine Stärkung der Beziehungen zwischen Stadt und Land.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_762

Kommission; Maßnahmenpaket zur Halbleiterindustrie

Am 08.02.2022 verabschiedete die Kommission ein Maßnahmenpaket, bestehend aus einer Mitteilung, zwei Verordnungsvorschlägen und einer Empfehlung, zur Sicherung der Versorgungssicherheit, Resilienz und technologischen Führungsrolle der EU im Bereich der Halbleitertechnologien und -anwendungen. Ziel der Initiative ist, die

europäische Führungsrolle im Markt in Zeiten, in denen die weltweite Halbleiterknappheit große Auswirkungen u.a. in der Automobilbranche und der Herstellung medizinischer Geräte zeigt, zu stärken. Mithilfe öffentlicher und privater Investitionen in Höhe von über 43 Mrd. EUR bis 2030 soll die Führungsrolle Europas im globalen Markt für Halbleiter gestärkt, die Innovationskapazitäten unter dem Motto „vom Labor zur Fabrik“ ausgebaut, die industriellen Produktionskapazitäten erhöht, KMU und Startups unterstützt sowie ein umfassendes Verständnis der globalen Halbleiter-Lieferketten entwickelt werden. So soll der europäische Marktanteil in der Halbleiterindustrie bis 2030 auf 20% verdoppelt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_729

Kommission; Industrietage in Brüssel

Vom 08.02.2022 bis 11.02.2022 fanden die Industrietage der EU in einer Hybridform von Onlineveranstaltungen und Veranstaltungen vor Ort in Brüssel statt. Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager und Binnenmarktkommissar Thierry Breton eröffneten die Konferenz, die sich mit den Themen grüner und digitaler Wandel in industriellen Ökosystemen und der Stärkung der Resilienz in europäischen Unternehmen befasst hat. Ein weiterer Schwerpunkt lag, ausgehend vom Vorschlag der Kommission, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären, auf der Förderung einer neuen, jungen Generation und wie diese die europäische Industrie modernisieren kann.

<https://eu-industry-days.ec.europa.eu/>

Kommission; Sondierung zu Informationsaustausch in dualen Vertriebsbeziehungen

Am 04.02.2022 startete die Kommission eine zusätzliche Sondierung im Zusammenhang mit der laufenden Überprüfung der vertikalen Gruppenfreistellungsverordnung (VBER) und den Leitlinien für vertikale Beschränkungen („vertikale Leitlinien“). Die Sondierung bezieht sich auf die vorgeschlagenen Leitlinien für den Informationsaustausch in dualen Vertriebsbeziehungen, die in die vertikalen Leitlinien aufgenommen werden sollen. Die zusätzliche Sondierung wird durchgeführt, weil die Rückmeldungen aus der vorherigen Konsultation (Juli bis September 2021) zum Entwurf der überarbeiteten VBER und der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien gezeigt hätten, dass mehr Leitlinien zu den Arten von Informationen benötigt werden, die zwischen Anbieter und Abnehmer in einer dualen Vertriebsbeziehung ausgetauscht werden können. Die Sondierungsfrist endet am 18.02.2022.

https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-vber_en

Kommission; Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für das erste Festival zum Neuen Europäischen Bauhaus

Am 09.02.2022 lud die Kommission im Rahmen des „European Green Deal“ Organisationen, Kunstkollektive, Institutionen, Universitäten, Architekten, Städte, Regionen, Unternehmen, Künstler, Studierende, Wissenschaftler und alle Interessierten ein, sich für die Teilnahme am ersten Festival des Neuen Europäischen Bauhaus zu bewerben. Im Rahmen der Veranstaltung, die vom 09. bis 12.06.2022 hybrid – online und physisch in Brüssel – stattfindet, sollen die Werte und Prinzipien des Neuen Europäischen Bauhauses, mit Fokus auf ein nachhaltiges, integratives Zusammenleben präsentiert werden. Näheres hat die Kommission auf einem Informationsblatt für potentielle Bewerber veröffentlicht. Die Kommission unterstützt Personen und Organisationen bei der Teilnahme am Festival, je nach ihren individuellen Bedürfnissen, z.B. durch technische Unterstützung für Aussteller auf der Messe, Sichtbarkeit auf der digitalen Online-Plattform, sowie durch

Vernetzungsmöglichkeiten mit verschiedenen kooperationswilligen Akteuren. Die Bewerbungsfrist endet am 07.03.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/erstes-festival-zum-neuen-europaischen-bauhaus-aufruf-zur-einreichung-von-vorschlagen-2022-02-09_de
https://new-european-bauhaus-festival.eu/docs/NEB_Factsheet_07.02.pdf

V e r k e h r

Kommission; teilweiser Verzicht auf Verpflichtungen von Gategroup bei LSG-Übernahme

Am 31.01.2022 erließ die Kommission einen Beschluss zugunsten des Bordverpflegungsunternehmens Gategroup und verzichtete teilweise auf die von Gategroup eingegangenen Verpflichtungen zur Übernahme des europäischen Bordverpflegungsgeschäfts LSG von Lufthansa. Die Übernahme wurde bereits im April 2020 unter Auflagen genehmigt. Der nun beschlossene teilweise Verzicht betrifft Catering-Verträge mit Fluggesellschaften am Flughafen Rom Fiumicino. Nach einer aktuellen Bewertung der Marktbedingungen kam die Kommission zu dem Schluss, dass anfängliche wettbewerbsrechtliche Bedenken nicht mehr bestehen und mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wieder auftreten werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_685

EuG; Abweisung der Klage von Scania wegen Beteiligung an LKW-Kartell

Mit Urteil vom 02.02.2022 hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) die Klage von Scania abgewiesen und die von der Kommission wegen der Beteiligung von Scania an einem Kartell zwischen LKW-Herstellern verhängte Geldbuße in Höhe von 880,52 Mio. EUR bestätigt. Das EuG traf dabei Klarstellungen zur Rechtmäßigkeit eines „hybriden“ Verfahrens, bei dem das Vergleichsverfahren und das ordentliche Verwaltungsverfahren in Kartellsachen verbunden werden, sowie zum Konzept „einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung“. Entgegen dem Vorbringen von Scania habe die Kommission nicht gegen Verfahrensvorschriften verstoßen, insbesondere nicht gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung, des Verteidigungsrechts oder der Pflicht zur Unparteilichkeit. Ferner habe die Kommission rechtlich hinreichend nachgewiesen, dass die kollusiven Kontakte von Scania Teil eines Gesamtplans waren, mit dem das wettbewerbswidrige Ziel verfolgt wurde, den Wettbewerb auf dem Markt für mittlere und schwere LKW im Europäischen Wirtschaftsraum zu beschränken.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62017TJ0799>

Rat; Gipfeltreffen für Klimaneutralität in der Flugbranche bis 2050

Am 03./04.02.2022 haben sich anlässlich des Gipfeltreffens zur Luftfahrt die hierfür zuständigen Ministerinnen und Minister mit Kommissionsvertretern in Toulouse (FRA) getroffen. Thema des Treffens war die Dekarbonisierung des Luftverkehrs. In der „Erklärung von Toulouse“ bekräftigen alle Teilnehmer ihre Unterstützung für das Ziel der Klimaneutralität in der Luftverkehrsbranche bis 2050, u.a. durch die Optimierung von Flugbahnen, die Förderung nachhaltiger Treibstoffe und die Entwicklung neuer Technologien. An der Konferenz nahmen auch Kommissionsvertreter, Mitgliedstaaten der Europäischen Zivilluftfahrt-Konferenz – ECAC – (GBR, Norwegen, Georgien, Island, Schweiz, San Marino, Serbien, Albanien, Monaco und Moldawien), sowie rund 150 Unternehmen und Interessenvertreter (Verbände, Gewerkschaften) aus der Luftverkehrs- und Energiebranche, darunter Airbus, Safran, Dassault, Aéroports de Paris, Vinci Airports, Air France-KLM, IAG, Easyjet, ATR, Thales, Boeing,

TotalEnergies, Shell, Suez und Neste teil. Alle Teilnehmer unterzeichneten die Erklärung.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/gipfeltreffen-zur-luffahrt-1/>

https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/media/2hkh2v33/declaration-de-toulouse-pfue-ang_fr.pdf

Kommission; Neue Initiativen für nachhaltige und intelligente Mobilität

Am 02.02.2022 verabschiedete die Kommission zwei neue Initiativen für nachhaltige und intelligente Mobilität im Rahmen des „European Green Deal“. Zum einen veröffentlichte sie Empfehlungen zur Regulierung von Taxis und privaten Mietfahrzeugen für nachhaltigere, zugänglichere und fairere Dienstleistungen. Darin wird verdeutlicht, wie die Binnenmarktvorschriften auf die genannten Fahrzeuge anzuwenden sind, um die damit bewerkstelligten Dienstleistungen nachhaltiger, zugänglicher und fairer zu machen. So sollen z.B. Vorschriften vermieden werden, die zu Leerfahrten führen, indem für private Mietfahrzeuge die Verpflichtung besteht, zwischen einzelnen Fahrten stets zur Garage zurückzukehren. Zum anderen legte die Kommission eine delegierte Rechtsverordnung zur Ergänzung der Richtlinie hinsichtlich der Bereitstellung unionsweiter Echtzeit-Verkehrsinformationsdienste vor. Damit will sie die Verfügbarkeit von unionsweiten Echtzeit-Verkehrsdaten für innovative Mobilitätsdienste erweitern.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0204\(03\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0204(03)&from=EN)

https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:861f1b52-8423-11ec-8c40-01aa75ed71a1.0024.02/DOC_1&format=PDF

EuGH; Auslegung der Einheitlichen Rechtsvorschriften im internationalen Eisenbahnverkehr

Am 03.02.2022 hat die Generalanwältin Tamara Čapeta in ihren Schlussanträgen in der Rechtssache C-500/20 dem EuGH empfohlen festzustellen, dass er für die Auslegung der Einheitlichen Rechtsvorschriften für den Vertrag über die Nutzung der Infrastruktur im internationalen Eisenbahnverkehr (ER CUI) zuständig sei. Die Union habe ihre geteilte Zuständigkeit ausgeübt, indem sie dem Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) beigetreten ist. In dem Rechtsstreit geht es um die Haftung der ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft für einen Vorfall im Juli 2015 in Kufstein (AUT). Ein Lokzug des deutschen Eisenbahnverkehrsunternehmens Lokomotion Gesellschaft für Schienentraktion war entgleist, und hatte zwei Lokomotiven beschädigt, so dass Ersatzlokomotiven gemietet werden mussten. Laut der Generalanwältin fallen die Anmietungskosten der Ersatzlokomotiven nicht unter die verschuldensunabhängige Haftung der Betreiber der Eisenbahninfrastruktur für Sachschäden des Beförderers nach den Einheitlichen Rechtsvorschriften CUI. Eine solche Haftung könne aber von den Vertragsparteien vereinbart werden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220024de.pdf>

Kommission; Übergangspfad für den Wandel des Tourismus

Am 08.02.2022 stellte die Kommission im Rahmen der Europäischen Industrietage den Übergangspfad für den Tourismus vor. Der Plan wurde zusammen mit Akteuren der Tourismusbranche erstellt und beinhaltet die wichtigsten Maßnahmen, Ziele und Bedingungen, die zur Verwirklichung des ökologischen und des digitalen Wandels führen. Außerdem soll so die Widerstandsfähigkeit des Sektors gesichert werden. Der Übergangspfad besteht aus Maßnahmen in 27 Bereichen, zu deren Umsetzung die Tourismus-Gemeinschaft aufgefordert wurde, z.B. Investitionen in die Kreislaufwirtschaft und in die Kompetenz qualifizierter Arbeitskräfte sowie ein

verstärkter Austausch von Daten. Binnenmarktkommissar Thierry Breton rief zur Zusammenarbeit innerhalb des Sektors auf. Die Kommission hat am 08.02.2022 zudem eine Online-Umfrage eingeleitet, an der alle Akteure des Sektors teilnehmen können, um ihre Beiträge zum Wandel der Branche und Interesse an einer Mitarbeit in Arbeitsgruppen darzustellen. Eine Frist für die Teilnahme an der Umfrage wurde bisher nicht veröffentlicht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_850

Energie

EuRH; Nachjustierung der Energiebesteuerung zur Erreichung der Klimaziele

Am 31.01.2022 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Bericht, nach dem die derzeitige Energiebesteuerung in der EU nicht geeignet ist, die EU-Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Nach Ansicht des EuRH muss es ein besseres Zusammenspiel zwischen Energiesteuern, Subventionen und der CO₂-Bepreisung geben, da diese Faktoren wichtige Instrumente zur Erreichung der Klimaziele seien. Bislang würden jedoch einerseits Steuern erhöht und andererseits Fördermittel für erneuerbare Energien bereitgestellt. Dabei würden die Subventionen für fossile Brennstoffe nicht ausreichend abgebaut, sodass die Energiewende letztlich behindert werde. Die wichtigste Herausforderung liege darin, die regulatorischen und finanziellen Maßnahmen stärker miteinander zu verknüpfen. Dies solle u.a. durch die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie erfolgen.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inrw22_01/inrw_energy_taxation_de.pdf

Kommission; EU-US Zusammenarbeit zur Energieversorgungssicherheit

Am 28.01.2022 gaben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden eine gemeinsame Erklärung zum verstärkten gemeinsamen Einsatz zur Gewährleistung von Stabilität und Versorgung der Weltenergiemächte im Hinblick auf saubere Energien ab. Diese Erklärung fand vor dem Hintergrund des EU-US Energierats und dem Pariser Klimaabkommen statt. Die Erklärung besagt u.a., dass die USA und die EU gemeinsam an einer kontinuierlichen, ausreichenden und rechtzeitigen Versorgung der EU mit Erdgas aus verschiedenen Quellen weltweit arbeiten. Dadurch sollen Erdgas-Versorgungsschocks, die durch eine weitere Invasion Russlands in der Ukraine ausgelöst werden könnten, vorgebeugt werden. Des Weiteren enthält die Erklärung die Zusage einer engeren Kooperation bezüglich der Versorgungssicherheit und einer Notfallplanung, sowie die Sicherstellung einer schrittweisen Integration der Ukraine in den Gas- und den Strommarkt der EU. Als längerfristiges Ziel wird der Übergang der Energieversorgung aus fossilen Quellen zu ausschließlich sauberer Energie genannt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_664

Kommission; Neunter USA-EU Energierat in Washington D.C.

Am 07. und 08.02.2022 tagte in Washington D.C. der neunte US-EU Energierat unter dem Vorsitz von US-Außenminister Antony Blinken, US-Energieministerin Jennifer M. Granholm, dem Hohen Vertreter der EU, Josep Borrell Fontelles, und EU-Energiekommissarin Kadri Simson. Der Energierat ist das führende transatlantische Koordinierungsforum für strategische Energiefragen. Die USA und die EU betonten jeweils ihr Engagement für das Erreichen von Netto-Null-Emissionen bis 2050, sowie ihre Zusammenarbeit, um eine rasche Dekarbonisierung und einen Übergang zu sauberer Energie zu gewährleisten und zunehmende Investitionen in entsprechende

Technologien zu fördern. Der Energierat bekräftigte die Notwendigkeit, die ungebremste Kohleverstromung und die ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe unverzüglich einzustellen und setzte sich für einen gerechten und beschleunigten Energieübergang zur Klimaneutralität für die Bürger der EU, der USA und weltweit ein. Forschung, Entwicklung, Innovation in den entsprechenden Bereichen sollen gefördert werden.

https://ec.europa.eu/info/news/ninth-us-eu-energy-council-2022-feb-07_en

Digital

Kommission; Studie zu Cloud-Datenflüssen veröffentlicht

Die Kommission hat am 03.02.2022 eine Studie zum Volumen der Daten, die in die wichtigsten Cloud-Infrastrukturen in den 27 Mitgliedstaaten sowie in Island, Norwegen, der Schweiz und GBR fließen, veröffentlicht. Die Studie gibt einen Überblick über das Volumen und die Art der Cloud-Datenzuflüsse und -abflüsse nach Wirtschaftszweig, Standort, Unternehmensgröße und Art der Cloud-Dienste. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die größten Datenströme 2020 aus dem Gesundheitssektor kamen und DEU das größte Volumen an Datenzuflüssen verzeichnete. Der aus europäischen Unternehmen stammende Datenfluss wird bis 2030, so die Schätzung der Studie, 15 Mal höher sein 2020. Die Kommission hat für die Studie eine neue Methodik zur Quantifizierung der Datenströme entwickelt, das sog. Data Flow Visualisation Tool. Es erfasst Daten aus 31 europäischen Ländern. Eine Folgestudie wird den wirtschaftlichen Wert der Datenzuflüsse und -abflüsse innerhalb der EU sowie mit Drittländern wie den USA und China bewerten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/european-data-flow-monitoring>

Kommission; Harmonisierung des Frequenzspektrums für 5G-Mobilfunk

Die Kommission hat am 07.02.2022 mehrere Durchführungsbeschlüsse angenommen, mit denen die Frequenzbänder für 5G-Anwendungen vorbereitet und die Frequenzen für Geräte mit geringer Reichweite und für Systeme wie WiFi harmonisiert werden. So soll sichergestellt werden, dass die Frequenzpolitik der EU die neuesten technologischen Entwicklungen widerspiegelt. Ein Durchführungsbeschluss zu den 900-MHz- und 1800-MHz-Bändern bereitet diese Frequenzbänder für die Nutzung durch 5G-Anwendungen vor. Der Durchführungsbeschluss über Geräte mit geringer Reichweite (SRDs) berücksichtigt neue technologische Entwicklungen. Er aktualisiert die wichtigsten Definitionen im Zusammenhang mit der Verkehrs- und Transporttelematik, zu der auch Geräte mit geringer Reichweite gehören, die für die Erfassung und Übermittlung von Fahrzeugdaten in intelligenten Verkehrssystemen (IVS) von entscheidender Bedeutung sind. Zweitens werden die technischen Bedingungen für die Frequenznutzung durch Kernspinresonanz (NMR) festgelegt. Ein weiterer Durchführungsbeschluss betrifft drahtlose Zugangssysteme (Wireless Access Systems, WAS), einschließlich lokaler Funknetze (Radio Local Area Networks, RLAN). Er entwickelt die technischen Voraussetzungen, die eine drahtlose Verbindung auf der Grundlage von 5-GHz-WiFi auch in Flugzeugen, Zügen, Autos, Bussen und anderen Straßenfahrzeugen ermöglichen, weiter. So sollen mögliche schädliche Interferenzen mit anderen Geräten reduziert werden. Darüber hinaus ist die Entscheidung von Bedeutung für die Schaffung neuer Möglichkeiten der Konnektivität an Bord von Fahrzeugen und im gesamten Verkehrssektor.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/harmonising-spectrum-enhanced-connectivity-ready-5g-and-innovation>

Kommission; Horizont Europa: Partnerschaft Gesundheitsforschung

Am 28.01.2022 hat die Kommission mit Partnern aus der Wirtschaft über die Initiative für innovative Gesundheit (IHI) informiert. Die Initiative IHI ist eine von rund 50 öffentlich-privaten Partnerschaften im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Sie ist Nachfolgerin der Initiative für innovative Arzneimittel (IMI) 1 und 2, die seit 2008 die Umsetzung akademischer Forschung in neue Arzneimittel verfolgten. Mit dem Start der neuen Partnerschaft IHI wird deren Auftrag nun über die Pharmazie hinaus auf die Bereiche Biotechnologie, Medizintechnik, Diagnostik und digitale Gesundheit ausgeweitet. Ab Mitte des Jahres sollen rund 2,4 Mrd. EUR für gemeinsame Gesundheitsforschungsprojekte von Industrie, Wissenschaft und KMU bereitgestellt werden. Die Projekte der IHI sollen sich auf die Umsetzung von Forschungsergebnissen in Gesundheitsprodukte und -dienstleistungen konzentrieren, die von Anfang an so konzipiert sind, dass sie den Bedürfnissen der öffentlichen Gesundheit entsprechen und für den Einsatz in den Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten geeignet sind. In den kommenden Wochen wird die IHI die Themen für künftige Ausschreibungen in den genannten Bereichen veröffentlichen. Aktuell nimmt ihr Verwaltungsrat noch bis zum 21.02.2022 Bewerbungen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Gesundheit entgegen, um für eine Dauer von drei Jahren das IHI-„Science & Innovation-Panel“ in beratender Funktion zu stärken.

<https://www.ih.europa.eu/>

Kommission; Forschungsrat: Proof-of-Concept-Grants

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 07.02.2022 insgesamt 166 Forschenden, darunter 13 aus DEU, Proof-of-Concept-Grants verliehen. Die mit jeweils 150.000 EUR dotierten Zuschüsse helfen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Lücke zwischen den Ergebnissen ihrer Pionierforschung und frühen Phasen der Vermarktung zu schließen. Die Finanzhilfen sind Teil des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont Europa. Der ERC ist seit 2007 ein fester Bestandteil der ersten Säule von Horizont Europa und vergibt auf Antrag sehr begehrte Grants. Die Proof-of-Concept-Förderung kann nur von Forschenden in Anspruch genommen werden, die bereits vom ERC gefördert werden bzw. wurden. Von der Förderung profitiert auch Hessen: Im Bereich der Innovation für Terahertz-Analyse erhält Prof. Sascha Preu an der TU Darmstadt für sein Projekt „PhoSTer THz“ einen der renommierten Zuschüsse. Zudem hat am 09.02.2022 das Projekt ‚ScReeningData‘ von Dr.-Ing. Michael Muma am Institut für Nachrichtentechnik der TU Darmstadt im Bereich der Signalverarbeitung die Zusage für einen mit 1,5 Mio. EUR ausgestatteten renommierten ERC-Starting Grant des Forschungsrats erhalten.

<https://ec.europa.eu/newsroom/representations/redirection/item/735513/de/188>

Kommission; Forschungsrat: Antragstermine

Am 07.02.2022 hat die Kommission über die Nationalen Kontaktstellen die neuen Antragsfristen für Anträge zum Europäischen Forschungsrat (ERC) in Horizont Europa veröffentlicht. Der ERC ist seit 2007 fester Bestandteil der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms und vergibt auf Antrag sehr begehrte Grants für Forschende. Aktuell läuft eine Ausschreibung zum ERC Advanced Grant (AdG) Call in Horizont Europa. Zielgruppe der ERC Advanced Grants sind etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer herausragenden wissenschaftlichen Leistungsbilanz. Frist zur Einreichung ist der 28.04.2022. Zudem wurden die Fristen für die Antragstellung der weiteren ERC-Grants kommuniziert: Die Ausschreibung zum ERC Starting Grant 2023 öffnet am 12.07.2022 und schließt am

25.10.2022. Der ERC Consolidator Grant 2023 öffnet am 28.09.2022 und schließt am 02.02.2023. Der ERC Advanced Grant 2023 öffnet am 08.12.2022 und schließt am 23.05.2023. Der ERC Synergy Grant 2023 öffnet am 13.07.2022 und schließt am 08.12.2022. Der nächste ERC Proof of Concept Call wird am 20.10.2022 eröffnet.

<https://erc.europa.eu/news/calls-2023-tentative-dates>

Kommission; Horizont Europa: Digitale Schlüsseltechnologien, Halbleiter

Im Rahmen der neuen Chips-Strategie der EU (vgl. Beitrag unter Wirtschaft) hat die Kommission am 08.02.2022 auch den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, mit dem das sog. Gemeinsame Unternehmen (GU) zu digitalen Schlüsseltechnologien (Key Digital Technologies) im Forschungsrahmenprogramm der EU geändert werden soll. Ziel ist, die EU im Bereich der Halbleitertechnologien zu stärken, Investitionen zu fördern und Kapazitäten der Halbleiterlieferkette in der EU auszubauen. Das GU für digitale Schlüsseltechnologien soll in „GU für Chips“ umbenannt werden. Während des gesamten Bestehens des GU für Chips sollten laut Verordnungstext rund 2,5 Mrd. EUR für Pilotanlagen, Entwurfsinfrastrukturen, Kompetenzzentren und den Kapazitätsaufbau vorgesehen sein. Neues Ziel im GU ist die Erhöhung der großmaßstäblichen Kapazität bei den Spitzentechnologien und Technologien im Halbleiterbereich auf den Gebieten der fortschrittlichen Konstruktion, der Systemintegration und der Halbleiterproduktion und die Begrenzung des ökologischen Fußabdrucks. Bis zu 2,7 Mrd. EUR können aus Quellen von Horizont Europa finanziert werden und bis zu 1,5 Mrd. EUR aus dem Programm Digitales Europa. Im Rahmen des Programms Digitales Europa soll ein neues Ziel geschaffen werden: die Stärkung der Halbleiter-Technologien.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/european-chips-act-communication-regulation-joint-undertaking-and-recommendation>

Rat, Kommission; Horizont Europa: Open-Science-Konferenz

Am 04.02.2022 richtete die FRA-Ratspräsidentschaft eine politische Konferenz zum Thema Offene Wissenschaft (Open Science) in Paris aus. Diskutiert wurden Perspektiven für eine offene Wissenschaftspraxis in der EU, bei der Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse freier zugänglich sind und die Mitwirkung von Forschungsakteuren begünstigt wird. Forschungskommissarin Mariya Gabriel nahm an der „Open Science European Conference“ teil und äußerte sich zum Thema im Kontext des Europäischen Forschungsraumes (ERA), der auf EU-Ebene intensiviert werden soll. Eine wesentliche Maßnahme der politischen Agenda für den ERA für die nächsten drei Jahre (2022-2024) sei es, die Reform des Bewertungssystems für die Forschung, Forschende und Einrichtungen voranzutreiben, um deren Qualität, Leistung und Wirkung zu verbessern, und um ein größeres Interesse für die Forschung zu schaffen. Das neue Bewertungssystem soll auch neue Werte wie Ethik und Integrität einbeziehen, Exzellenz berücksichtigen und auch neue Gelegenheiten für Kooperationen in der Forschung schaffen. Ziel sei die Förderung der qualitativen Beurteilung per „Peer-Review“, unterstützt durch einen verantwortungsvolleren Einsatz quantitativer Indikatoren. Hierzu habe die Kommission 2021 bereits eine Konsultation durchgeführt. Der Austausch mit Verbänden werde fortgeführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_22_806

Kommission; aktualisiertes Arbeitsprogramm des Europäischen Innovationsrats

Die Kommission hat am 09.02.2022 ein aktualisiertes Arbeitsprogramm des Europäischen Innovationsrates (EIC) im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont Europa verabschiedet. Der EIC ist eine feste Komponente in der dritten Säule von

Horizont Europa. Das neue Arbeitsprogramm sieht Finanzierungsmöglichkeiten in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. EUR für visionäre Unternehmen, Innovatorinnen und Innovatoren sowie Forschende vor. Im Vordergrund stehen u.a. die Entwicklung von Technologien zur Reduzierung von Treibhausgasen und der Aufbau strategischer Autonomie in Bereichen wie Quantentechnologie, Raumfahrt und neue Medizintechnologien. Vorgesehen sind verschiedene Vereinfachungen im Bewerbungsverfahren sowie Förderungen im Rahmen des EIC-Pathfinder, EIC-Transition und EIC-Accelerator-Programms. Ersteres zielt primär auf die Forschung zu technologischen Durchbrüchen ab, um multidisziplinären und visionären Forschungsteams Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten. Das Budget im Pathfinder beläuft sich auf 350 Mio. EUR, wovon 167 Mio. EUR für Ausschreibungen in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Digitalisierung vorgesehen sind. Die jeweiligen Grants belaufen sich auf bis zu 4 Mio. EUR. Die Frist für Bottom-up-Ausschreibungen endet am 03.05.2022, für Top-down-Calls am 19.10.2022. Bei EIC-Transition stehen 131 Mio. EUR zur Verfügung, darunter 60,5 Mio. EUR für Herausforderungen in den Bereichen grüne Technologien und RNA-basierte Therapien und Diagnostika für komplexe oder seltene genetische Krankheiten. Es werden dabei Zuschüsse von bis zu 2,5 Mio. EUR an Antragstellende vergeben, die auf bestehenden EIC-Pathfinder-Projekten oder Proof-of-Concept-Projekten des Forschungsrats aufbauen müssen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_847

Finanzdienstleistungen

Kommission; Gas- und Kernenergie-tätigkeiten von Taxonomie abgedeckt

Die Kommission hat am 02.02.2022 einen ergänzenden delegierten Taxonomie-Rechtsakt zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt, der bestimmte Gas- und Kernenergie-tätigkeiten umfasst. Anleger sollen dadurch in die Lage versetzt werden, ihre Investitionen verlässlich auf nachhaltigere Technologien und Unternehmen umzustellen. Gestützt auf wissenschaftliche Gutachten und angesichts des derzeitigen technischen Fortschritts ist die Kommission der Auffassung, dass privaten Investitionen in Gas- und Kernenergie-tätigkeiten eine Rolle beim Übergang zukommt. Die in dem Rechtsakt erfassten Gas- und Kernenergie-tätigkeiten stehen – so die Kommission weiter – im Einklang mit den Klima- und Umweltzielen der EU. Dadurch soll der Übergang von umweltschädlicheren Tätigkeiten wie der Kohleverstromung zu einer klimaneutralen Zukunft mit überwiegend erneuerbaren Energieträgern beschleunigt werden.

https://ec.europa.eu/finance/docs/level-2-measures/taxonomy-regulation-delegated-act-2022-631_en.pdf

Kommission; Fristverlängerung bis 2025 zur Abwicklung des Clearinggeschäfts aus GBR

Die Kommission hat am 08.02.2022 beschlossen, die ursprünglich bis zum 30.06.2022 dauernde Anerkennung der Gleichwertigkeit für zentrale Gegenparteien (central counterparties, „CCPs“) mit Sitz in GBR bis zum 30.06.2025 zu verlängern, so dass weiterhin die Abwicklung des Clearinggeschäfts von GBR aus möglich ist. Dieser Beschluss soll sicherstellen, dass die Finanzstabilität in der EU gewahrt bleibt und es nicht zu Verwerfungen im Clearing-Geschäft kommt. Darüber hinaus hat die Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, bei der sondiert werden soll, wie das zentrale Clearing in der EU ausgeweitet und die Attraktivität zentraler Gegenparteien aus der EU erhöht werden kann, um die übermäßige Inanspruchnahme systemrelevanter CCPs aus Drittstaaten durch die EU zu verringern. Zudem will die

Kommission im zweiten Halbjahr 2022 Maßnahmen zur Entwicklung des zentralen Clearings in der EU vorschlagen. So sollen innerhalb der EU Kapazitäten geschaffen werden, um die EU zu einem wettbewerbsfähigeren und kosteneffizienteren Knotenpunkt für das zentrale Clearing zu machen und die Liquidität der EU-CCPs zu erhöhen. Des Weiteren beabsichtigt die Kommission, Risiken angemessen zu steuern und den EU-Aufsichtsrahmen für CCPs sowie die Rolle der EU-Aufsicht zu stärken.

https://ec.europa.eu/info/publications/220208-equivalence-central-counterparties-uk_en

Finanzen

EZB; Fortsetzung einer ultra-lockeren Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) behielt bei seiner Sitzung am 03.02.2022 einen grundsätzlichen expansiven geldpolitischen Kurs mit Zinsen auf Rekordtief und milliarden schweren Anleihekäufen bei. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Allerdings sollen – wie bereits im Dezember 2021 beschlossen – die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemienotfallprogramms PEPP mit einem Volumen von insgesamt 1,85 Bio. EUR im ersten Quartal 2022 geringer ausfallen als im vorhergehenden Quartal. Ende März 2022 sollen die Nettoankäufe eingestellt werden. Die bisherigen Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR sollen im zweiten Quartal auf monatlich 40 Mrd. EUR und im dritten Quartal auf 30 Mrd. EUR erhöht werden. Ab Oktober 2022 wird der EZB-Rat die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP wieder in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR so lange fortsetzen, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung seiner Leitzinsen erforderlich ist.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220203~90f94662.de.html>

Kommission; Winterprognose rechnet 2022 mit 4% Wachstum in der EU

In der von der Kommission am 10.02.2022 veröffentlichten Winterprognose wird davon ausgegangen, dass die EU-Wirtschaft nach einer deutlichen Expansion um 5,3% im Jahr 2021, im Jahr 2022 um 4,0% und im Jahr 2023 um 2,8% wachsen wird. Für das EUR-Währungsgebiet wird ebenfalls ein Wachstum von 4,0% im Jahr 2022 erwartet, das im Jahr 2023 auf 2,7% zurückgehen wird. Insgesamt erreichte die EU im dritten Quartal 2021 ihr BIP-Niveau von vor der Pandemie, und es wird erwartet, dass alle Mitgliedstaaten diese Marke bis Ende 2022 erreicht haben werden. Für DEU wird mit einem Wachstum in 2022 von 3,6% und in 2023 von 2,6% gerechnet. Die Inflationsprognose wurde gegenüber der Herbstprognose erheblich nach oben korrigiert. Dies spiegelt die Auswirkungen hoher Energiepreise, aber auch die Ausweitung des Inflationsdrucks auf andere Warenkategorien seit dem Herbst wider. Der Jahresdurchschnittswert der Inflation wird im EUR-Währungsgebiet von 2,6% im Jahr 2021 (2,9% in der EU) auf 3,5% im Jahr 2022 (3,9% in der EU) steigen und im Jahr 2023 auf 1,7% (1,9% in der EU) zurückgehen. Für DEU wird in 2022 von einer Inflation von 3,7% und für 2023 von 2,1% ausgegangen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_926

Kommission; Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung

Anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung am 06.02. 2022 haben der Hohe Vertreter der Union, Josep Borrell Fontelles, die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, die Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie, Dubravka Šuica, die Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, und die Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin rufen sie zur weltweiten Beendigung dieses Verbrechens und dieser Verletzung von Menschenrechten auf.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_727

Kommission; 4 Mio. EUR für entlassene Arbeitskräfte in FRA

Die Kommission hat am 07.02.2022 vorgeschlagen, 473 Beschäftigte des Verkaufsautomatenunternehmens Selecta mit 4 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) zu unterstützen. FRA begründete den gestellten Antrag damit, dass die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz aufgrund der Pandemie bedingten gesunkenen Nachfrage verloren hätten. Wenn das EP und der Rat zustimmen, erhalten die entlassenen Arbeitskräfte Unterstützung beim Erwerb neuer Qualifikationen und etwaige Schritten in die Selbstständigkeit.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_732

EuGH; Anspruch von Menschen mit Behinderung auf anderweitige Beschäftigung

Am 10.02.2022 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-485/20 in einer Frage zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Geklagt hatte ein Mann gegen die belgische HR Rail, der einzigen Arbeitgeberin der Bediensteten der belgischen Eisenbahn. Dieser wurde von HR Rail entlassen, weil er aufgrund einer in der Probezeit festgestellten Behinderung seine Arbeit nicht mehr durchführen konnte. Daraufhin beantragte er beim Conseil d'État (Staatsrat) die Aufhebung der Entscheidung, ihn zu entlassen. Der Conseil d'État hat daraufhin dem EuGH die Frage vorgelegt, ob der Arbeitgeber gemäß der Richtlinie für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf verpflichtet sei, den Beschäftigten einer anderweitigen Tätigkeit zuzuweisen, statt diesen zu entlassen. Der EuGH urteilt, dass der Arbeitgeber im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu verpflichtet ist, einem Arbeitnehmer, der aufgrund seiner Behinderung seine Arbeitstätigkeit nicht mehr ausführen kann, eine geeignete alternative Stelle anzubieten, für die er die notwendige Kompetenz, Fähigkeit und Verfügbarkeit aufweist. Hierbei greife der Grundsatz der Gleichbehandlung auch in der Probezeit eines Beschäftigungsverhältnisses, insofern der Arbeitgeber nicht unverhältnismäßig belastet werde.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-485/20>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Neue Maßnahmen für Europas Plan gegen den Krebs Die Kommission hat am 02.02.2022 neue Maßnahmen zur Umsetzung des europäischen Krebsbekämpfungsplans in die Wege geleitet. Hierzu gehört ein Register zu Ungleichheiten in den Mitgliedstaaten bei der Krebsbekämpfung, welches als Orientierungshilfe für Investitionen dienen soll. Zudem soll mit Öffentlichkeitsmaßnahmen zur Impfung gegen HPV dazu beigetragen werden, die

Verbreitung von Gebärmutterhalskrebs einzudämmen. Im Rahmen eines EU-Netzwerkes junger Krebs-Überlebender sollen diese sowie ihre Familien und Pflegende vernetzt werden. Zudem soll eine Ratsempfehlung aktualisiert werden, mit dem Ziel, 90% der relevanten EU-Bevölkerung bis 2025 ein Angebot für eine Vorsorgeuntersuchung gegen Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs zu unterbreiten.

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/european-health-union/cancer-plan-europe_de

Kommission; HERA legt Arbeitsplan über 1,3 Mrd. EUR vor

Die Kommission hat am 10.02.2022 den ersten Arbeitsplan der neu eingerichteten Generaldirektion für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) vorgelegt. Dieser sieht ein Budget von 1,3 Mrd. EUR für das Jahr 2022 vor. Die Förderungen adressieren drei Bereiche: Die Prävention künftiger grenzüberschreitender Gesundheitsrisiken, das Erkennen künftiger Gesundheitsgefahren sowie die Reaktionen auf diese.

https://ec.europa.eu/health/publications/hera-work-plan-2022_de

Kommission; Initiative für freiwillige Selbstverpflichtungen für nachhaltigere Produkte

Die Kommission hat am 10.02.2022 die Initiative zum nachhaltigen Konsum auf den Weg gebracht, um Unternehmen zu ermutigen, Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihrer Suche nach nachhaltigeren Produkten und Dienstleistungen zu unterstützen. Im Januar 2021 startete sie eine Pilotphase, das Green Consumption Pledge, an dem elf Unternehmen teilnahmen. Sie sollten ihren CO₂-Fußabdruck ermitteln und reduzieren. In der zweiten und letzten Phase verpflichteten sich die Unternehmen, weiter zu gehen und die „Kreislauffähigkeit“ ihrer Aktivitäten zu erhöhen (z. B. mehr recycelte oder nachhaltig gewonnene Materialien zu verwenden, weniger Abfall zu erzeugen, weniger Energie zu verbrauchen).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_946

U m w e l t

EuGH; Schlussanträge zu fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung bei polnischem Kohletagebau, Turow

In seinen Schlussanträgen vom 03.02.2022 in der Rechtssache C-121/21 (Tagebau Turów) vertritt Generalanwalt Priit Pikamäe die Auffassung, dass POL gegen Unionsrecht verstoßen habe, indem der Mitgliedstaat die Genehmigung für den Abbau von Braunkohle im Tagebau Turów ohne Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung um sechs Jahre verlängerte. Bergbauflächen der dem Tagebau Turów ähnlichen Flächen würden laut Pikamäe die Gefahr von erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt mit sich bringen und müssen daher einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen. Die polnischen Vorschriften bezüglich der Freistellung der Bergbaustätten von Überprüfungsspflichten seien mit der UVP-Richtlinie zur Überprüfung von Umweltauswirkungen unvereinbar. Am 03.02.2022 verständigten sich POL und CZR jedoch auf Ausgleichszahlungen für die betroffenen tschechischen Bürgerinnen und Bürger sowie über die Errichtung eines Erdwalls zum Schutz der Gebiete in CZR. CZR hat die Klage vor dem EuGH inzwischen zurückgezogen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-02/cp220023de.pdf>

Kommission; Konsultation zur Zertifizierung der CO2-Entfernung

Am 07.02.2022 stellte die Kommission EU-Vorschriften über die Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO₂ zur Konsultation. Ziel der Zertifizierung sei es, erforderliche Vorschriften zur Überwachung, Meldung und Überprüfung der Echtheit solcher Maßnahmen zu entwickeln. Zugleich soll die nachhaltige CO₂-Entfernung gefördert und Anreize für den Einsatz innovativer Lösungen für die Abscheidung, Wiederverwendung und Speicherung von CO₂ in der Land- und der Forstwirtschaft sowie in der Industrie geschaffen werden. Die Initiative sei der Kommission zufolge ein notwendiger Schritt zur Einbeziehung des CO₂-Abbaus in die EU-Klimapolitik. Rückmeldungen sind bis zum 02.05.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13172-Zertifizierung-von-Ma%C3%9Fnahmen-zur-Entfernung-von-CO2-EU-Vorschriften_de

Kommission; Konsultation zur Einschränkung der Verwendung von Quecksilber

Am 08.02.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Beschränkung der Verwendung von Quecksilber. Zwar sei seine Verwendung bei den meisten Produkten in der EU bereits eingeschränkt, Quecksilber werde bei einigen Produkten jedoch immer noch verwendet. Ziel der Initiative sei die Beschränkung seines Einsatzes in Produkten wie Dentalamalgam, Leuchtmitteln und Messgeräten. Die geplanten Beschränkungen werden zugleich den internationalen Handel mit quecksilberhaltigen Produkten umfassen. Laut Kommission soll die Initiative ihren Beitrag zum Null-Schadstoff-Ziel des Grünen Deals für eine schadstofffreie Umwelt leisten. Rückmeldungen sind bis zum 02.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12924-Quecksilber-Uberarbeitung-der-EU-Rechtsvorschriften_de

EP; Umweltausschuss stimmt über Vorschriften für Batterien ab

Am 10.02.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) mit 74 Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen seine Position zu den Vorschriften für den gesamten Produktlebenszyklus von Design, Produktion bis zur Entsorgung von Batterien angenommen. Die neuen Maßnahmen für Batterien seien entscheidend für den Übergang zu einer kreislauforientierten und klimaneutralen Wirtschaft sowie für die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie der EU. Die neuen Regeln sollen technologischen Entwicklungen und geänderten Bestimmungen in mehreren Bereichen Rechnung tragen. So sollen Regeln für den CO₂-Fußabdruck und die Kennzeichnung von Batterien sowie Mindestanteile von recycelten Materialien festgelegt werden. Bis 2024 sollen Batterien von Geräten wie Mobiltelefonen leicht zu entfernen und austauschbar sein. Das EP sieht auch vor, die Sammelziele für Batterien zu erhöhen. Den Herstellern sollen Sorgfaltspflichten für die gesamte Lieferkette auferlegt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220202IPR22435/meps-want-to-strengthen-new-eu-rules-for-batteries>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; neue Vorschriften zur Förderung der Tiergesundheit und Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

Am 28.01.2022 gab die Kommission bekannt, dass die im Jahr 2019 verabschiedete Verordnung (EU) 2019/6 über Tierarzneimittel (VMPs) in Kraft getreten sei und fortan die überarbeitete Gesetzgebung gegen antimikrobielle Resistenzen (AMR) gelte. Zu

ihren Hauptzielen gehöre die Schaffung eines modernen, zweckmäßigen und innovativen Rahmens, das Etablieren von Anreizen für Innovationen und das verbesserte Handeln gegen antimikrobielle Resistenzen. Die EU unterstütze mit den neuen Vorschriften die Entwicklung und Zulassung von sicheren und hochwertigen Tierarzneimitteln für die Produktion von Lebensmitteln und für Heimtiere. Durch die neue Verordnung würde sowohl die Verfügbarkeit der Arzneimittel als auch die Garantie eines Höchstmaßes an öffentlicher Gesundheit, Tiergesundheit und Umweltschutz gewährleistet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_663

Kommission; EU und USA nehmen Handel mit Muscheln wieder auf

Am 04.02.2022 gab die Kommission bekannt, dass die EU und USA zum Ende des Monats wieder den Handel mit Weichtieren, darunter Miesmuscheln, Venusmuscheln, Austern und Jakobsmuscheln, aufnehmen werde. NDL und ESP sei es demzufolge gestattet, ihre Muscheln in die USA zu exportieren, während die US-Bundesstaaten Massachusetts und Washington ihre Erzeugnisse in die EU ausführen dürfen. Der Einigung vorausgegangen war eine Diskussion zwischen der Kommission und der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel (Food and Drug Administration - FDA) über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit ihrer jeweiligen Erzeugungssysteme. Nachdem der Handel mit lebenden Weichtieren zwischen der EU und den USA seit dem Jahr 2011 aufgrund von unterschiedlichen regulatorischen Standards ausgesetzt wurde, erfolgte nun eine bilaterale Einigung bezüglich der Anerkennung der Gleichwertigkeit beider Lebensmittelsicherheitssysteme für die Erzeugung roher Muscheln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_785

Kommission; Konsultation zu technischen Änderungen der Vorschriften bei Düngemittel

Am 09.02.2022 stellte die Kommission die Änderungen der Düngemittelverordnung zur Konsultation. Ziel der geplanten Änderung sei es, einige technische Anforderungen an politische Prioritäten der EU, insbesondere an die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und an die Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien anzupassen. Zugleich spiegelten die Änderungen bestehende Verfahren zur Verarbeitung von Bioabfällen wider, mittels derer der Zugang zum Binnenmarkt für Gärrückstände erleichtert werden soll. Die Annahme der delegierten Verordnung durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2022 angesetzt. Rückmeldungen sind bis zum 09.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13302-Dungeprodukte-technische-Anderungen-der-Vorschriften_de

Kommission; Konsultation zum Schutz geografischer Angaben

Am 09.02.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zum Erlass technischer Vorschriften für geografische Angaben im Bereich des Lebensmittelsektors (Durchführungsbestimmungen). Dadurch sollen einheitliche Bedingungen zur Umsetzung der Vorschriften für Änderungen von Produktspezifikationen geschaffen werden, sodass eine ordnungsgemäße Funktion des Systems garantiert wird. Rückmeldungen sind bis zum 09.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13254-Lebensmittelsektor-Schutz-geografischer-Angaben-Durchfuhrungsbestimmungen_de

Kommission; Konsultation zum Schutz geografischer Angaben

Am 09.02.2022 stellte die Kommission technische Vorschriften für geografische Angaben im Lebensmittelsektor (delegierter Rechtsakt) zur Konsultation. Das Ziel der

Initiative sei es, die Vorschriften für Änderungen von Produktspezifikationen zu ergänzen und zugleich Anpassungen an die neuen Unions- und Standardvorschriften vorzunehmen, sodass das System ordnungsgemäß funktionieren könne. Rückmeldungen sind bis zum 09.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13253-Lebensmittelsektor-Schutz-geografischer-Angaben-delegierte-Vorschriften_de

Rat; Neue Regeln zur Zulassung biologischer Pflanzenschutzmittel

Am 10.02.2022 hat der Rat neue Regeln verabschiedet, die die Zulassung biologischer Pflanzenschutzmittel erleichtern sollen. Dies soll Landwirtinnen und Landwirten zusätzliche Möglichkeiten des nachhaltigen Pflanzenschutzes geben und helfen, die Ziele der „Vom Hof auf der Tisch“-Strategie zur Reduzierung der Nutzung chemischer Pflanzenschutzmittel zu erreichen. Die neuen Regeln sollen im November 2022 in Kraft treten und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, die Mikroorganismen enthalten, beschleunigen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ganda_22_852

Kommission; Aufruf zur Beschränkung des Pestizids Sulfoxaflor

Am 10.02.2022 wiederholte die Kommission ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihren Vorschlag zu unterstützen, die Verwendung des Pestizids Sulfoxaflor zum Schutz von Bestäubern auf Dauergewächshäuser zu beschränken. Der Vorschlag der Kommission wurde dem Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel vorgelegt, erreichte aber die erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht. Die Kommission kündigte an, den Vorschlag bald dem Berufungsausschuss vorzulegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_946

J u s t i z

EuGH; Urteil – Gerichtliche Zuständigkeit für Scheidungsverfahren

Am 10.02.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-522/20 OE (Gewöhnlicher Aufenthalt eines Ehegatten – Kriterium der Staatsangehörigkeit) entschieden, dass die Dauer des Aufenthalts, die erforderlich ist, um die Zuständigkeit der Gerichte eines Mitgliedstaats (MS) für die Entscheidung über einen Antrag auf Ehescheidung zu begründen, sich nach der Staatsangehörigkeit des Antragstellers richten darf. Da der Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden MS dazu beiträgt, dass eine tatsächliche Beziehung zu diesem besteht, ist es nicht offensichtlich unangemessen, in einem solchen Fall nur einen mindestens sechsmonatigen (statt wie in sonstigen Fällen einjährigen) gewöhnlichen Aufenthalt im Inland zu verlangen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-522/20>

EuG; Urteil – Rechtsstaatlichkeit in POL bei Wettbewerbsverfahren

Am 09.02.2022 hat das Gericht der EU (EuG) in der Rechtssache T-791/19 (Sped Pro / Kommission) den Beschluss der Kommission für nichtig erklärt, mit der eine Beschwerde gegen PKP Cargo, ein vom polnischen Staat kontrolliertes Unternehmen, das seine beherrschende Stellung auf dem Markt für Schienengüterverkehrsdienste in POL missbraucht haben soll, zurückgewiesen wurde. Das EuG stellt fest, dass die Kommission nicht hinreichend sorgfältig geprüft habe, ob im konkreten Fall ein Verfahren vor der polnischen Wettbewerbsbehörde rechtstaatlichen Anforderungen möglicherweise mit der Folge nicht genügt, dass die Kommission die Beschwerdeführerin nicht auf den Rechtsweg zu den polnischen

Wettbewerbsbehörden verweisen durfte, sondern selber in der Sache entscheiden musste.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-791/19>

EuGH; Urteil – gerichtliche Zuständigkeit bei Flugverspätung

Am 03.02.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-20/21 (LOT Polish Airlines) entschieden, dass bei einem Flug, der durch eine einheitliche Buchung gekennzeichnet und in Teilflüge unterteilt ist, auf denen die Beförderung von verschiedenen Luftfahrtunternehmen durchgeführt wird, der Ankunftsort des ersten Teilflugs grundsätzlich nicht die gerichtliche Zuständigkeit für eine Klage wegen einer Verspätung begründet.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-20/21>

Rat; Rat Justiz am 04.02.2022

Am 04.02.2022 fand unter französischem Vorsitz ein informeller Justiz-Rat in Lille statt. Für die Bundesregierung nahm Justizminister Marco Buschmann teil. Die Ministerinnen und Minister brachten das gemeinsame Ziel zum Ausdruck, Hassverbrechen und Hassreden in die Liste der Straftaten, die auf europäischer Ebene festgelegt werden können, in Art. 83 AEUV aufzunehmen (sogenannte Eurocrimes). Das Thema Hass im Netz, und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen im digitalen Bereich und den Justizbehörden der Mitgliedstaaten (MS), wurde angesprochen. Die Teilnehmenden begrüßten den konstruktiven Dialog zu diesem Thema und zeigten die erzielten Fortschritte im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Internetkonzernen und Justizbehörden sowie denkbare kurz- und mittelfristige Fortschrittsansätze auf. Die Ministerinnen und Minister forderten die EU-Institutionen zu einer raschen Einigung über die Verordnung und die Richtlinie zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen auf (E-Evidence). Ferner tauschten sie sich darüber aus, wie die Alarmierungssysteme für die Bevölkerung bei Entführungen minderjähriger Kinder in der EU besser untereinander abgestimmt werden können. Schließlich ging es auch um die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Abstammung zwischen den MS. Hierbei wurden einerseits die aktuellen Entwicklungen der familiären Strukturen und die unterschiedlichen Formen von Elternschaft berücksichtigt, andererseits aber auch die nationalen Befindlichkeiten im Hinblick auf Abstammung sowie die Notwendigkeit, die jeweiligen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in diesem Bereich einzuhalten.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/informelles-treffen-der-europaischen-justizminister/>

I n n e r e s

Rat, EP; Vorläufige Einigung bei Europol-Verordnung erzielt

Unter Verhandlungsführung der FRA-Ratspräsidentschaft haben der Rat und das EP am 01.02.2022 eine vorläufige Einigung über die Änderung der Europol-Verordnung erzielt. Man zeigte sich zufrieden, dass das Europäische Polizeiamt (Europol) dank des gestärkten Mandats die Mitgliedstaaten künftig noch besser bei der Bekämpfung von Schwerekriminalität und Terrorismus sowie bei der Bewältigung neuer Sicherheitsbedrohungen unterstützen werde können. Darüber hinaus werde Europol effektiv mit privaten Parteien zusammenarbeiten können. Die Aktualisierungen der Europol-Verordnung sehen u.a. Regeln für die Verarbeitung großer und komplexer Datensätze vor und sollen es Europol ermöglichen, neue Technologien zu entwickeln, die den Anforderungen einer modernen Strafverfolgung entsprechen. Daneben sind

ein verstärkter Datenschutzrahmen sowie ein Ausbau der parlamentarischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht vorgesehen. Die vorläufige Einigung muss nun noch von Rat und EP gebilligt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/01/europol-provisional-agreement-between-council-presidency-and-european-parliament/>

EUAA; Herkunftslandbericht für den Irak veröffentlicht

Die EU-Agentur für Asyl (EUAA) hat am 01.02.2022 einen Herkunftslandbericht (Country of Origin Information Report – COI-Bericht) mit für die mitgliedstaatlichen Asylbehörden relevanten Informationen zu Flüchtlingen aus dem Irak veröffentlicht. Anlass für den COI-Bericht sei u.a. gewesen, dass Iraker seit Juni 2021 zunehmend mehr Anträge auf internationalen Schutz in der EU+ gestellt haben. So hätten die EU+-Staaten zwischen August 2020 und September 2021 rd. 21.500 erstinstanzliche Entscheidungen über irakische Anträge erlassen, wobei in 41% der Fälle der Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz zuerkannt worden sei. Das wichtigste Aufnahmeland für Iraker sei DEU (auf das mehr als die Hälfte aller irakischen Anträge von August 2020 bis August 2021 entfielen), gefolgt von GRI, AUT und BEL. In letzter Zeit seien jedoch auch die irakischen Antragsstellungen in LIT und LET infolge des Anstiegs der irregulären Grenzübertritte aus Belarus rasch gestiegen. Der COI-Bericht mit dem Titel „Iraq: Targeting of Individuals“ enthält Informationen zu verschiedenen Personengruppen wie z.B. (vermeintlichen) ISIL-Mitgliedern (Angehörige des Islamischen Staats im Irak und der Levante), Aktivisten der politischen Opposition, religiöse und ethnische Minderheiten und Staatenlose, Journalisten, Medienmitarbeiter und Menschenrechtsaktivisten oder vulnerablen Personen. Die spezifischen Kapitel geben einen kontextbezogenen Überblick über die Situation der Personen, die dem jeweiligen Profil im Irak angehören, über ihre Behandlung durch die irakische Gesellschaft sowie über Fälle gezielter Verfolgung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Personengruppe.

https://coi.euaa.europa.eu/administration/easo/PLib/2022_01_EUAA_COI_Report_Iraq_Targeting_of_individuals.pdf

Kommission; Europäische Bürgerinitiative „Sport soll Sport bleiben“ registriert

Am 02.02.2022 hat die Kommission eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Sport soll Sport bleiben“ („Win it on the pitch“) registriert. Die Initiative fordert die Kommission auf, ein europäisches Sportmodell zu schützen, das auf Werten, Solidarität, Nachhaltigkeit und der Offenheit des Wettbewerbs beruht. Konkret wird gefordert, eine Empfehlung mit einem EU-Rahmen und Leitlinien für Maßnahmen der Mitgliedstaaten (MS) anzunehmen, um das Fußballmodell in Europa zu schützen sowie den sozialen Wert des Sports in der europäischen Gesellschaft anzuerkennen. Die offizielle Registrierung der Initiative bedeutet, dass der Antrag die notwendigen formalen Voraussetzungen erfüllt – eine inhaltliche Prüfung seitens der Kommission ist noch nicht erfolgt. Erforderlich ist es nun, innerhalb eines Jahres eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen MS zu erhalten, damit die Kommission reagieren muss.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_683

Rat; Erneuerung der Terroristenliste

Der Rat hat am 03.02.2022 die sog. EU-Terroristenliste aktualisiert. Die EU hatte die Liste erstmals im Dezember 2001 als Teil ihrer Reaktion auf die Anschläge vom 11.09.2001 erstellt. Auf der Liste sind Personen, Vereinigungen und Körperschaften aufgeführt, die restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus unterliegen. Die Gelder und sonstigen finanziellen Vermögenswerte der 13 Personen und 21 Vereinigungen und Körperschaften, die auf der aktuellen Liste stehen, werden

eingefroren. Außerdem ist es EU-Akteuren untersagt, ihnen Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Liste wird in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch alle sechs Monate überprüft.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/03/eu-s-response-to-terrorism-council-renews-terrorist-list/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=EU%27s+response+to+terrorism:+Council+renews+terrorist+list

Europol; Schlag gegen Schleusernetzwerk in DEU

Am 03.02.2022 hat das Europäische Polizeiamt (Europol) bekannt gegeben, dass es bei einer konzertierten Aktion der Polizeibehörden in GRI und DEU gegen ein Schleusernetzwerk, das Migranten von GRI vornehmlich nach DEU geschleust habe, unterstützt hat. Die deutschen Behörden hätten vier Orte durchsucht, während die griechischen Behörden zeitgleich zwei Häuser durchsucht und einen der Hauptverdächtigen festgenommen hätten. Bei den Durchsuchungen hätten Beamte der griechischen Polizei im Haus des Hauptverdächtigen eine große Anzahl von Ausweispapieren gefunden. Zuvor seien von den deutschen Behörden vier Verdächtige ermittelt worden, die sich in DEU aufhalten würden. Das Schleusernetzwerk bestünde überwiegend aus syrischen Staatsangehörigen. Die Verdächtigen hätten Migranten v.a. über Flüge von Athen nach DEU geschmuggelt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie seien sie dann jedoch zusehends auf Schleuserouten über das Mittelmeer umgestiegen. Hierfür hätten sie Scheindokumente genutzt, um Migranten v.a. syrischer Herkunft einzuschleusen. Als Preis hätten die Schleuser Beträge von 3.500 und 4.500 EUR pro Person verlangt.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/hit-against-criminal-network-smuggling-migrants-greece-to-germany>

EUAA; Prognosemodell zu asylbedingter Migration vorgestellt

Wissenschaftler der EU-Agentur für Asyl (EUAA), der Kommission (Gemeinsame Forschungsstelle) und der Universität Catania (ITL) haben am 03.02.2022 eine neue, auf Big Data und maschinellem Lernen basierende, Methode zur Vorhersage der in der EU gestellten Asylanträge vorgestellt. Das Modell zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten besser auf einen plötzlichen Anstieg der Asylanträge vorzubereiten. Durch die Integration traditioneller Migrations- und Asylverwaltungsdaten, wie z.B. Aufdeckungszahlen bei illegalen Grenzübertritten und Anerkennungsquoten in den Zielländern, mit Big Data zu negativen und konflikträchtigen Ereignissen sowie Internetrecherchen in den Herkunftsländern soll es möglich werden, die in der EU gestellten Asylanträge bis zu vier Wochen im Voraus vorherzusagen.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC127369>

Rat; Informelle Tagung der Innenministerinnen und -minister

Auf Einladung der FRA-Ratspräsidentschaft kamen die Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten (MS) am 03.02.2022 in Lille zusammen. Am Vorabend der Tagung fand ein Abendessen mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron statt, bei dem dieser die migrationspolitischen Schwerpunkte der FRA-Ratspräsidentschaft (u.a. die Einführung eines Schengen-Rats) vorstellte. Im Fokus der Beratungen standen die Vorschläge von FRA zu einer politischen Führung des Schengen-Raums sowie Diskussionen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Migrations- und Asylsystems (GEAS). Insbesondere zeichnet sich ein Konsens hinsichtlich der Errichtung des von Präsident Macron vorgeschlagenen Schengen-Rats ab. Eine ergänzende Koordinierungsplattform soll zudem die effektivere Steuerung des Vorgehens der MS und der EU-Agenturen ermöglichen. Weiterhin wurde intensiv über den schrittweisen Ansatz des FRA-Vorsitzes bei den

Verhandlungen zur Reform des GEAS gesprochen. Es gelte insbesondere, die Reform des Schengener Grenzkodex und des Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus zeitnah abzuschließen. Zudem tauschten sich die Ministerinnen und Minister über aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen aus, wobei der Kampf gegen Radikalisierung einen Schwerpunkt bildete. Zudem wurde über die Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa – gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels - diskutiert.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelles-treffen-der-minister-fur-justiz-und-inneres/>

Bildung und Kultur

Kommission; Jungübersetzerinnen und -übersetzer ausgezeichnet

Am 10.02.2022 wurden 27 Schülerinnen und Schüler bei EU-Wettbewerb „Juvenes Translatores“ ausgezeichnet. Unter den 2940 Teilnehmenden wurde je eine Person pro Mitgliedstaat ausgezeichnet. Aus DEU war dies Joelle Nies von der Freiherr vom Stein Schule, Fulda.

https://ec.europa.eu/info/education/skills-and-qualifications/develop-your-skills/language-skills/juvenes-translatores_de

EU – Förderprogramme

Kommission, Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend; Europäischer Sozialfonds Plus: Antragstellung im Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ geöffnet

Von Mitte 2022 bis 2027 soll das Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ Kommunen dabei unterstützen, Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene an der Schwelle zur Selbstständigkeit mit besonderem Unterstützungsbedarf zu initiieren. Die örtliche Jugendhilfe soll das Vorhaben koordinieren und steuern. Dabei soll diese rechtskreisübergreifend mit freien Jugendhilfeträgern, Jobcentern, Agenturen für Arbeit und weiteren Kooperationspartnern zusammenarbeiten und Jugendliche bei der selbstständigen Lebensführung und in sichere Wohnverhältnisse begleiten. Die sozialpädagogischen Angebote richten sich an junge Menschen im Alter zwischen 14 bis einschließlich 26 Jahren, die das Jugendhilfesystem verlassen und /oder keinen bzw. nur einen unzureichenden Zugang zu lokalen oder regional vorhandenen Hilfsangeboten haben. Das betrifft v.a. Jugendliche, die noch nicht zu einer eigenen Lebensführung in der Lage sind und/oder von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind. Es besteht die Möglichkeit, dass die Modellkommunen, entsprechend der jeweiligen Bedarfslage vor Ort, aus vier verschiedenen methodischen Bausteinen wählen können: 1. Case Management (intensive sozialpädagogische Einzelfallarbeit); 2. Aufsuchende Jugendsozialarbeit (z.B. Street-Work oder Mobile Beratung); 3. Niedrigschwellige Beratung/Clearing (z.B. Anlaufstellen mit Lotsenfunktion, in denen Jugendliche eine Erstberatung erhalten) und 4. Erprobung neuer Wohnformen (Schaffung/Erprobung verschiedener – in der Kommune noch nicht vorhandener – Wohnformen für junge Menschen, zum Beispiel: Housing First). Für das Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ (JUST BEst, Förderperiode 2022-2027) stellt das Bundesjugendministerium Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF Plus) in Höhe von 116 Mio. EUR zur Verfügung. Die Antragstellung erfolgt durch die

zuständige Kommune. Verbunds- bzw. Kooperationsprojekte von Kommunen und anderen Einrichtungen wie Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege sind möglich, jedoch muss auch in diesem Fall der Antrag durch die Kommune eingereicht werden. Die Kofinanzierungsrate beträgt bis zu 40% für das Zielgebiet „Stärker entwickelte Regionen“ (hierzu gehören die alten Bundesländer mit dem Land Berlin ohne die Regierungsbezirke Lüneburg, Trier). Frist für die Einreichung von Interessensbekundungen ist der 28.02.2022. Die Antragstellung erfolgt elektronisch.

<https://www.jugend-staerken.de/just/programme/just-best>

Kommission; neue Ausschreibungen im Programm „Kreatives Europa“ veröffentlicht

Am 03.02.2022 hat die Kommission die neuen Aufrufe für das Programm „Kreatives Europa“ veröffentlicht. Insgesamt sollen in diesem Jahr 385,6 Mio. EUR für den Kultursektor zur Verfügung gestellt werden. Für den Programmteil „MEDIA“ sind sie in drei Bereiche zusammengefasst: Das „Content Cluster“ beinhaltet die Antragsmöglichkeiten für Produzentinnen und Produzenten und Spieleentwicklerinnen und Spieleentwickler; im „Business Cluster“ werden Angebote für die gesamte europäische Branche gefördert, so z.B. Anbieter von Fortbildungsmaßnahmen und Märkten; im „Audience Cluster“ finden sich Förderungen, die das Publikum direkt in den Blick nehmen, etwa für den Verleih, Filmfestivals, Streamingdienste und europäische Kinonetze. Ergänzt werden die MEDIA Förderungen durch die Aufrufe im Bereich „Cross Sector“. Neu ist hier der Schwerpunkt auf den europäischen Nachrichtensektor. Die einzelnen Förderungen und Einreichtermine sind hier zusammengefasst: „Content Cluster“: - European co-development Budget: 6 Mio. EUR, Einreichtermin: 08.09.2022; European slate development Budget: 18 Mio. EUR, Einreichtermin: 27.04.2022; European mini-slate development Budget: 5 Mio. EUR, Einreichtermin: 08.09.2022; Video Games and Immersive content development Budget: 6 Mio. EUR, Einreichtermin: 12.04.2022; TV and online content Budget: 22 Mio. EUR, Einreichtermine: 05.04.2022 und 20.09.2022. „Business cluster“: - Talents and skills Budget: 20,367 Mio. EUR, Einreichtermin: 04.05.2022; Markets & networking Budget: 13 Mio. EUR, Einreichtermin: 28.06.2022; MEDIA 360° Budget: 20 Mio. EUR, Einreichtermin: 12.04.2022; European Film Distribution Budget: 33 Mio. EUR, Einreichtermin: 05.04.2022; European Film Sales Budget: 5 Mio. EUR, Einreichtermin: 14.06.2022; Innovative tools and business model Budget: 7 Mio. EUR, Einreichtermin: 07.04.2022. „Audience cluster“- Networks of European Cinemas Budget: 15 Mio. EUR, Einreichtermin: 28.07.2022; Networks of European Festivals Budget: 5 Mio. EUR, Einreichtermin: 07.04.2022; European VOD networks and operators Budget: 11 Mio. EUR, Einreichtermin: 02.06.2022; Films on the Move Budget: 16 Mio. EUR, Einreichtermine: 15.03.2022 und 05.07.2022. „CROSS SECTOR“ - Innovation Lab Budget: 13,64 Mio. EUR, Einreichtermin: 07.09.2022; Media literacy Budget: 2,4 Mio. EUR, Einreichtermin: 06.04.2022; Monitoring and defending media freedom and pluralism Budget: 4,1 Mio. EUR, Einreichtermin: 20.09.2022; Journalism partnerships Budget: 7,5 Mio. EUR, Einreichtermin: 07.09.2022. Die Anträge laufen über das „Funding and Tender“ Antragsportal der Kommission. Dort sind auch die bereits geöffneten Aufrufe direkt aufrufbar.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1,0;statusCodes=31094502;programmePeriod=2021%20-%202027;programCcm2Id=43251814;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode>

[=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState](#)

Kommission; Aktueller Aufruf im Programm für „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“

Noch bis zum 24.03.2022 können zu dieser Aufforderung der Kommission Förderanträge eingereicht werden. Ziel sei die Unterstützung von Projekten, die darauf abzielen, an prägende Ereignisse der modernen europäischen Geschichte, einschließlich der Ursachen und Folgen autoritärer und totalitärer Regime, zu erinnern und die europäischen Bürgerinnen und Bürger für ihre gemeinsame Geschichte, ihre Kultur, ihr kulturelles Erbe und ihre Werte zu sensibilisieren und dadurch ihr Verständnis für die Union, ihre Ursprünge, ihren Zweck, ihre Vielfalt und ihre Errungenschaften sowie für die Bedeutung von gegenseitigem Verständnis und Toleranz zu verbessern. Mit diesem Aufruf soll die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens (2021-2030), der EU-Aktionsplan gegen Rassismus für 2020-2025 und der EU-Roma-Strategierahmen für Gleichstellung, Integration und Teilhabe unterstützt werden. Die Projekte müssen eine (oder beide) der folgenden für 2022 festgelegten politischen Prioritäten betreffen: 1. Gedenken an und Forschung und Bildung über Verbrechen, die unter totalitären Regimen begangen wurden und/oder 2. Widerstand, demokratischer Übergang und demokratische Konsolidierung in der EU. Die Antragstellung muss in Absprache in einem Konsortium von mindestens zwei Institutionen erfolgen. Diese können sowohl national oder auch aus transnationalen Institutionen zusammengestellt sein. Die Kommission will transnationalen Konsortien den Vorrang bei der Vergabe der Haushaltsmittel einräumen. Die teilnehmenden Institutionen können sowohl öffentlich, als auch privatrechtlich organisiert sein. Die Projektlaufzeit soll zwischen 12 und 24 Monaten betragen. Es ist eine pauschale Förderung für die Projekte vorgesehen, die sich an der Zahl der teilnehmenden Personen und der Zahl der teilnehmenden Länder pro geplanter Aktivität orientiert.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/cerv-2022-citizens-rem;callCode=CERV-2022-CITIZENS-REM;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094502;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Aktueller Aufruf im Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“

Das übergeordnete Ziel dieses Aufrufs sei der Schutz und die Förderung der Grundrechte und -werte der EU sowie die Sensibilisierung für diese Rechte und Werte durch die Unterstützung lokaler, regionaler und/oder nationaler Organisationen der Zivilgesellschaft und der Ausbau ihrer Kapazitäten, wodurch auch die wirksame Anwendung der Charta und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in der EU gestärkt werden soll. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die aktiv Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Demokratie schützen und stärken, sind antragsberechtigt. Um förderfähig zu sein, müssen die Antragstellenden (Begünstigte und angeschlossene Einrichtungen) eine juristische Person sein (öffentliche oder private Einrichtungen); gemeinnützig (nicht gewinnorientiert) sein; unabhängig von Regierungen, Behörden, politischen, religiösen oder kommerziellen Interessen sein; eine zivilgesellschaftliche Organisation sein und ihren Sitz in einem der förderfähigen

Länder haben, d. h. in einem der EU-Mitgliedstaaten. Die antragstellende Person oder mindestens ein Partner, falls vorhanden, muss alle folgenden Voraussetzungen erfüllen: Über nachgewiesene Erfahrung von mindestens drei Jahren bei der Durchführung von Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten bei zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügen und eine nachgewiesene Erfahrung bei der Gewährung und Verwaltung von Finanzhilfen an zivilgesellschaftliche Organisationen haben. Der beantragte EU-Zuschuss darf nicht niedriger als 2,5 Mio. EUR oder höher als 4 Mio. EUR sein. Die Projekte sollen in der Regel eine Laufzeit von 36 Monaten haben. Einsendeschluss ist der 29.03.2022. Die Antragstellung erfolgt über das „Funding and Tender“ Antragsportal der Kommission.

[https://ec.europa.eu/info/funding-](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=CERV-2022-CITIZENS-VALUES;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState)

[tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=CERV-2022-CITIZENS-](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=CERV-2022-CITIZENS-VALUES;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState)

[VALUES;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=CERV-2022-CITIZENS-VALUES;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState)

V e r a n s t a l t u n g e n

Europa nach den Wahlen: Überraschung bei der Parlamentswahl in PTL

Entgegen aller Vorhersagen hat die sozialdemokratische Partei (PS) mit ihrem Regierungschef António Costa bei der vorgezogenen Parlamentswahl in PTL am 30.01.2022 mit 41,7% die absolute Mehrheit im portugiesischen Parlament erreicht und kann nun allein regieren. Der portugiesische Journalist, António Cascais, hat die Wahlergebnisse am 31.01.2022 in der Hessischen Landesvertretung analysiert. Europastaatssekretär Mark Weinmeister hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, dass PTL durch einen starken Zusammenhalt und ohne großen Streit und ohne nennenswerte Demonstrationen gut durch die Corona-Krise gekommen sei. Damit sei vielleicht auch zu begründen, dass man der Partei sein Vertrauen schenkt, die auch während der gesamten Krise die führende Rolle in der Regierung innehatte. Nach Auszählung von 99,13% der Stimmen sind insgesamt neun Parteien im neuen Parlament vertreten. Im Vergleich zu vielen Mitgliedstaaten (MS) gibt es in PTL keine Sperrklausel. Und im Gegensatz zu den meisten anderen MS wird die portugiesische Politik immer noch von den beiden großen traditionellen Parteien PS und der Mitte-rechts Partei PSD dominiert. Die PSD hat sich zum letzten Ergebnis 2019 leicht verschlechtert und kommt mit 27,8% auf Platz zwei. Erstaunlich ist, dass die rechtspopulistische Partei CHEGA erhebliche Stimmenzugewinne zu verzeichnen und mit 7,1% (2019: 1,3%) den Linksblock (BE) von Platz drei verdrängt hat. Auch die liberale Gruppierung (IL) hat mit knapp 5% erheblich dazugewonnen. Alle weiteren linke und rechte Parteien hätten teilweise hohe Stimmenverluste eingefahren, führte Cascais weiter aus. Überraschend sei auch die hohe Wahlbeteiligung mit fast 58% und damit deutlich höher als bei der letzten Wahl 2019 mit knapp 49%. Und das, obwohl sich zurzeit fast 1,2 Mio. Portugiesen in Quarantäne befinden. Im anschließenden Gespräch mit der Fernsehkorrespondentin im WDR-Studio Brüssel, Gudrun Engel, standen vor allem die Gründe für den Wahlerfolg des Ministerpräsidenten im Vordergrund. In erster Linie sei der Wahlerfolg im Wunsch der Portugiesen nach Stabilität und Kontinuität begründet, sagte Cascais. Eine Mehrheit wollte auch keinen

rechten Umschwung im Land sehen, beispielsweise durch Stärkung von rechten Parteien wie der rechtspopulistischen CHEGA. Weitere Gründe für das gute Abschneiden der PS seien das Corona-Management der Regierung sowie das Image des Ministerpräsidenten als angesehener und erfahrener Politiker, ergänzte der Journalist. Wie geht es weiter? Da keine Verhandlungen über die Unterstützung durch andere Parteien erforderlich seien und auch eine große Kabinettsumbildung offenbar nicht zur Diskussion stehe, könnte die Regierung zügig vereidigt und somit der Haushaltsentwurf verabschiedet werden, schlussfolgerte Cascais.

Europastaatssekretär Becker zu Gesprächen in Brüssel

Kurz nach seinem Amtsantritt (01.02.2022) reiste der neue Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker am 08./09.02.2022 zu politischen Gesprächen nach Brüssel. Erster Gesprächspartner war Michael Hager, Kabinettschef des u.a. für EU-Finanzdienstleistungspolitik und Handelspolitik zuständigen Kommissionsvizepräsidenten Valdis Dombrovskis. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Prioritäten in der zweiten Hälfte der Amtszeit der Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen, aktuelle Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik, der EU-Handelspolitik und zur Taxonomie. Gegenstand des Gesprächs war auch das Geldwäschepaket der Kommission, in diesem Zusammenhang warb Staatssekretär Becker für Frankfurt als Sitz der neuen Antigeldwäschebehörde (AMLA). Im Europäischen Parlament traf Staatssekretär Becker, MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) zu einem Gespräch über die EU-Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere im Hinblick auf den Russland/Ukraine-Konflikt. Mit MdEP Martin Häusling (Grüne/DEU) wurden die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Kommissionsvorschläge zum Klimaschutzpaket fit-for-55 besprochen. Im Mittelpunkt des Gedankenaustauschs mit MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) standen Fragen zu EU-Finanzdienstleistungspolitik, dem Geldwäschepaket sowie der Bewerbung Frankfurts als Sitz für die AMLA und Taxonomie. Im Ausschuss der Regionen (AdR) traf Staatssekretär Becker den AdR- Generalsekretär Petr Bližkovský, tauschte sich mit ihm über aktuellen Entwicklungen des AdR aus und informierte, dass er als Nachfolger von Mark Weinmeister Hessisches Mitglied im AdR wird. Fragen zur EU-Migrations- und Asylpolitik wurden im Gespräch mit Michael Speiser, Direktor im Europäischen Parlament erörtert.

Veranstaltung „Wie viel Chemie braucht der Green Deal?“

Am 08.02.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung eine Veranstaltung zum Beitrag der Chemieindustrie zum Grünen Deal statt, zu der die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und der Verband der Chemieindustrie (VCI) Hessen eingeladen hatten. In ihrem Grußwort betonte Ministerin Puttrich, dass die Aktualisierung der Chemikaliengesetzgebung sowohl der Umwelt als auch den Bürgerinnen und Bürgern der EU zugutekommen, aber auch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Branche erhalten müsse. Unmittelbar betreffe die Überarbeitung das Land Hessen als wichtigen Standort der Chemieindustrie. EP-Vizepräsidentin MdEP Nicola Beer (RN/DEU) verwies auf die Relevanz von Chemikalien für unseren Alltag. Umso wichtiger sei es, sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher sicher und nachhaltig zu gestalten. Eine Chemikalienstrategie dürfe die Produktion nicht abwürgen, sondern müsse die Chemieindustrie transformieren. Das gemeinsame Ziel sollte daher sein, trotz der Herausforderungen den Wandel zu wagen und gemeinsam zu gestalten. Patrick Child (stellv. Generaldirektor, Generaldirektion Umwelt der Kommission) betonte, dass die REACH-Verordnung insbesondere durch das Engagement der Chemieindustrie zu einem großen Erfolg wurde. Die Industrie sei ambitioniert und besäße derzeit ein großes Interesse an der Zusammenarbeit bei der Gesetzgebung. Nun sei es Zeit,

einen Schritt weiter in Richtung sichere Chemikalien zu gehen. Die Kommission werde bei der Durchführung ihrer Analyse nicht nur Kosten für die Industrie, sondern auch die gesellschaftlichen Kosten im Blick haben. Der Ersatz gefährlicher Stoffe könne auch als Innovationsschub dienen und langfristig Wettbewerbsvorteile bringen. Auf die Notwendigkeit stabiler Rahmenbedingungen verwiesen sowohl Sabine Söpke (Vorsitzende des Landesbezirks Hessen/Thüringen der IGBCE) als auch Dr. Matthias Braun (Geschäftsführer Sanofi/Aventis Deutschland), denn die Verwirklichung des Grünen Deals sei von der Chemie gleichermaßen abhängig. Dabei dürften die zu erwartenden Kosten für die Industrie nicht ignoriert werden. Um Wettbewerbsnachteile auf dem internationalen Markt zu vermeiden, dürfe die REACH-Verordnung nicht nur ein Binneninstrument sein. MdEP Jutta Paulus (Grüne/DEU) stimmte zu, dass insbesondere bei Importen von Chemikalien besser sichergestellt werden müsse, dass sie EU-Vorgaben entsprächen. Sie betonte außerdem, dass die Überarbeitung der Verordnung definitorische Lücken schließen müsse. Es sei eine ehrliche Bewertung der Kosten für die Umwelt und Gesellschaft vorzunehmen, da Kosten zur Entfernung gefährlicher Chemikalien aus der Umwelt oder Kosten, die dem Gesundheitssystem entstehen, bislang von der Gesellschaft zu tragen sind. Sabine Söpke forderte abschließend eine faire Gestaltung des grünen Wandels. Unternehmen und ihre Beschäftigten seien ein wesentlicher Bestandteil der grünen Transformation. Moderiert wurde die Diskussion von Hendrik Kafsack (FAZ Brüssel).

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

13./14.02.2022	informeller Rat „Handel“
14./15.02.2022	informeller Rat „Arbeit, Beschäftigung, Soziales“
16.02.2022	informelle Ministertagung „Raumfahrt“
17./18.02.2022	EU-Afrika-Gipfel
21.02.2022	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
21./22.02.2022	informeller Rat „Verkehr“
22.02.2022	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
24.02.2022	Rat „Wettbewerbsfähigkeit“
25.02.2022	Eurogruppe
25./26.02.2022	informeller Rat „Wirtschaft und Finanzen“

Europäische Kommission

15.02.2022

Paket Verteidigung

- Mitteilung über die Beiträge der Kommission zu Europas Sicherheit und Verteidigung
- Fahrplan für kritische Technologien für Sicherheit und Verteidigung

Paket Weltraum

- EU-Strategie für das Management des Weltraumverkehrs
- Aufbau eines globalen weltraumgestützten EU-Kommunikationssystems

23.02.2022

Daten-Gesetz (einschließlich Überarbeitung der Datenbank-Richtlinie)

Paket gerechte und nachhaltige Wirtschaft

- Mitteilung über würdige Arbeit weltweit
- Nachhaltige Unternehmensführung

Europäisches Parlament

14.02.-17.02.2022, Plenarsitzung:

- Konditionalitätsregelung zur Rechtsstaatlichkeit: Debatte über EuGH-Urteil mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
- 20. Jahrestag der Einführung des Euro - Debatte mit EZB-Präsidentin Lagarde
- Jahresbericht 2021 der Europäischen Zentralbank
- Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere
- Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe bei der Arbeit
- Ansprache des kolumbianischen Präsident Iván Duque
- Debatte mit der Kommission über den Stand der Freizügigkeit in der EU
- Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2020
- EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie
- Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV
- Auswirkungen der einzelstaatlichen Steuerreformen auf die Wirtschaft in der EU
- Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise
- Eisenbahn: Verlängerung der befristeten Erhebung von Entgelten – COVID-19

- Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge
- Beschäftigung und soziale Erholung nach der Pandemie zur Stärkung der jungen Menschen in der EU
- Stärkung Europas im Kampf gegen Krebserkrankungen
- Beziehungen EU-Russland und europäische Sicherheit - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2021
- Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2021
- Menschenrechte und Demokratie in der Welt – Jahresbericht 2021
- Ein Statut für länderübergreifende Europäische Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen
- Umsetzung der Spielzeug-Richtlinie
- Beseitigung von nichttarifären und nichtsteuerlichen Handelshemmnissen im Binnenmarkt
- Einspruch gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: Gentechnisch veränderte Sojabohne GMB151 (BCS-GM151-6)
- Einspruch gemäß Regel 112 (2) und (3): Gentechnisch veränderte Baumwolle GHB614 (BCS-GHØØ2-5)
- Einspruch gemäß Regel 111 Absatz 3: Anerkennungsfrist für in der EU ausgestellte digitale Impfbescheinigungen
- Empfehlungen zur Beschleunigung des Einsatzes von Offshore-Windenergie
- Gipfeltreffen EU - Afrikanische Union: Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten
- Pegasus-Affäre: Debatte über die Nutzung von Spionagesoftware

Ausschuss der Regionen

- | | |
|------------|--|
| 15.02.2022 | SEDEC-Fachkommissionssitzung
Europäische Missionen (Abstimmung)
Neues Europäisches Bauhaus: attraktiv nachhaltig gemeinsam (Abstimmung)
Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021 - 2030) (Meinungsaustausch)
Bessere Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter (Meinungsaustausch) |
| 25.02.2022 | ECON-Fachkommissionssitzung
Die EU-Wirtschaft nach COVID-19: Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Steuerung (Abstimmung) |

Europäischer Gerichtshof

- 16.02.2022 Urteile des Gerichtshofs (Plenum) in den Rechtssachen C-156/21 Ungarn / Parlament und Rat und C-157/21 Polen / Parlament und Rat
Schutz des EU-Haushalts bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit
- 22.02.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-430/21 RS (Wirkung der Urteile eines Verfassungsgerichts)
Verfassungsidentität – Vorrang des Unionsrechts
- 22.02.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-562/21 PPU und C-563/21 PPU Openbaar Ministerie (Durch Gesetz errichtetes Gericht im Ausstellungsmitgliedstaat)
Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus Polen
- 22.02.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-160/20 Stichting Rookpreventie Jeugd u. a.
Teer-, Nikotin- und Kohlenmonoxidgehalt von Filterzigaretten
- 22.02.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-483/20 Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides (Familienverband – Bereits gewährter Schutz)
Internationaler Schutz – Familienzusammenführung mit minderjährigem Kind
- 22.02.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) C-300/20 Bund Naturschutz in Bayern
Landschaftsschutzgebiet Inntal Süd - Umweltverträglichkeitsprüfung
- 22.02.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-14/21 und C-15/21 Sea Watch
Kontrollbefugnisse des Hafenstaats
- 24.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-452/20 Agenzia delle dogane e dei monopoli und Ministero dell'Economia e delle Finanze
Sanktionen bei Verkauf von Zigaretten an Minderjährige
- 24.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-143/20 A (Fondsgebundene Lebensversicherungsverträge) und C-213/20 „A.“ Towarzystwo Ubezpieczeń Życie (Fondsgebundene Lebensversicherungsverträge)
Informationspflichten bei fondsgebundenen Gruppenlebensversicherungsverträgen
- 24.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-389/20 TGSS (Arbeitslosigkeit von Hausangestellten)

Ausschluss von Hausangestellten von der spanischen Arbeitslosenversicherung

- 24.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-451/20 Airhelp (Verspäteter Alternativflug)
Flugverbindung zwischen Drittstaaten mit Zwischenlandung in der EU – Verspätete Ankunft am Endziel
- 24.02.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-673/20 Préfet du Gers und Institut National de la Statistique et des Études Économiques
Streichung aus Wählerliste für Kommunalwahlen in Frankreich aufgrund des Brexit
- 24.02.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-588/20 Daimler (Kartelle - Müllfahrzeuge)
Schadensersatzklage wegen kartellbedingt überhöhter Preise

Europäisches Gericht

- 23.02.2022 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-834/17 United Parcel Service / Kommission und T-540/18 ASL Aviation Holdings und ASL Airlines (Ireland) / Kommission
Schadensersatzklagen wegen Untersagung der Übernahme von TNT Express durch UPS
- 23.02.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-806/19 Govern d'Andorra / EUIPO (Andorra)
Markenstreit um Andorra

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 25.02.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA